Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 2,25 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet
Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140 der Anzeigen-Abteilung Nr 1761 der Abonnements-Abteilung Nr 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Inseratenannahme vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr.
Erscheint täglich zweimal. Sonntags und Montags einmal.
Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle, Halle, Gr Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle, Markt 24.

Nr. 121. Halle, Freitag, den 13. März 1914.

Mb. Deutscher Reichstag.

234. Sitzung, Donnerstag, den 12. März.
Am Tische des Bundesrats: Krätke, Solf.
Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Das Gesetz zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Gesetzes betreffend Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbeamte. Das Reich soll zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und geringbesoldete Beamte des Reichs und der Militärverwaltungen für Hypothekendarlehen, die von anderer Seite an gemeinnützige Unternehmungen (Bauvereine, Baugenossenschaften, Baugesellschaften usw.) unter Ausschluß der Kündbarkeit für die Dauer von mindestens 10 Jahren gewährt werden, Bürgschaften bis zum Gesamtbetrage von 25 Millionen Mark übernehmen.

Ministerialdirektor Lewald:

Der Gedanke, daß der Kredit des Reichstags für den Kleinwohnungsbau in Anspruch genommen wird, ist in den letzten Jahren stark hervorgetreten. Wir haben uns entschlossen, ihn jetzt durchzuführen. In welcher Weise ist aus dem Gesetz ersichtlich. Es sollen Kleinwohnungen gebaut werden auf Kredit, für den das Reich die Garantien übernimmt. Wir wollen damit Baugenossenschaften unterstützen. Wir beabsichtigen diesen zunächst einen Kredit zu 3 Prozent zu geben. Bei anderen werden eben Bürgschaften gefordert. Unzweifelhaft muß bei der Gewährung von Krediten an solche Genossenschaften sehr vorsichtig vorgegangen werden, daß sie tatsächlich Wohnungen für die betreffenden Kreise herstellen. In diesem Sinne haben wir die vorgeschlagene Entscheidung getroffen. Schwierigkeiten werden sich nur ergeben, wenn Bürgschaften übernommen werden müssen für Erbpachten. Hier wird sich äußerst schwer Kredit finden und das Reich wird in fast allen Fällen eintreten müssen. Wir glauben und hoffen, daß wir mit dem Entwurf das Möglichste getan haben, um Wohnungen für Arbeiter und geringbesoldete Beamte zu schaffen.

Abg. Goehre (Soz.):

Wir erkennen an, daß der Entwurf ein Fortschritt auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge ist. Aber der Schritt, der gemacht werden soll, ist unendlich klein. Es fehlt jede Aktion des Reiches mit den Einzelstaaten, und es sollen — das ist das Hauptbedenken — nur jene Baugenossenschaften berücksichtigt werden, in denen Beamte organisiert sind. Wir sehen nicht ein, wieso finanzielle Bedenken des Reiches geäußert werden können, da es sich ja nicht um Darlehen, sondern nur um den Kredit des Reichs handelt. Wir werden in der Kommission den Kreis der beteiligten Baugenossenschaften beträchtlich erweitern müssen. Besonders begrüßen wir den Gedanken der Tilgungshypothek. Wir beantragen die Ueberweisung des Entwurfs an die bereits bestehende Wohnungskommission.

Abg. Diez (Zentr.):

Wir begrüßen die Vorlage aufs freudigste. Die Erkenntnis, daß die Wohnungsfürsorge eine der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben ist, setzt sich immer mehr durch. Deshalb ist es sehr erfreulich, daß hier ein bedeutsamer Schritt vorwärts gemacht werden soll. Wünschenswert wäre es, wenn man es den Beamten ermöglichen könnte, sich selbst ein Häuschen zu bauen. In erster Linie muß man darauf sehen, kinderreichen Familien billige Wohnungen zu verschaffen. Der Kommissionsberatung stimmen wir zu.

Abg. Schulenburg (Natl.):

Es ist erfreulich, daß auf dem Gebiete des Wohnungswesens hier ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Gerade die unteren Beamten haben unter den bisherigen Mißständen zu leiden. Natürlich muß das Reich sich Kautelen verschaffen. Es ist allerdings sehr wenig, wenn das Reich nur 25 Millionen anwenden will. Wir betrachten das Gesetz nur als eine Abschlagszahlung. Wir werden in der Kommission gern mitarbeiten.

Abg. Frommer (Kons.):

Die Vorlage entspricht unseren Wünschen und Anregungen. Wir stimmen ihr zu.

Abg. Dr. Wendorff (Vp).

Der Wirkungskreis des Gesetzes ist zu eng gefaßt. Man sollte da großzügiger sein.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Es ist ebenso erfreulich wie selten, daß hier einmal alle Parteien zustimmen. Wir machen auf diesem Gebiete einen ersten Versuch. Verluste aus der Bürgschaftsübertragung werden kaum entstehen. Vielleicht ist für später eine Sicherstellung der Öffentlichen Bürgschaften in Aussicht zu nehmen.

Abg. Mumm (Wirtsch. Vgg.):

Der Entwurf ist so freundlich aufgenommen, daß man sich nur wundern muß, weshalb er nicht schon früher gekommen ist. Jedenfalls sollte das aber ein Appell an die Einzelstaaten und Selbstverwaltungsbehörden sein, ihrerseits auf diesem wichtigen Gebiete vorzugehen. Der bisherige Weg der direkten Kreditgewährung ist unbedingt beizubehalten. Vielleicht sollen wir weiter gehen mit der Kredition, etwa wie Oesterreich, bis zu 200 Millionen. Durch das Gesetz kann erfreulicher Weise das Erbbaurecht indirekt beträchtlich gefördert werden. Ich freue mich, daß Staatssekretär Krätke, der große Arbeitgeber, diesen Verhandlungen beiwohnt.

Die Vorlage geht an die Wohnungskommission.

Dritte Lesung des Postscheckgesetzes.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Nach der zweiten Lesung haben die bürgerlichen Parteien ein Kompromiß geschlossen. Im Plenum war es uns dann unmöglich, Verbesserungen durchzubringen. In solchen Fällen sollte man die Vorlage an die Kommission zurückverweisen. Jetzt ist das Gesetz ganz mangelhaft. Die Grundsumme muß herabgesetzt werden. Das Postscheckwesen muß mit der Reichsbank und den öffentlichen Sparkassen enger verbunden werden.

Abg. Beck-Heidelberg (Natl.):

An einen endgültigen Abschluß der Entwickelung des Postscheckwesens ist mit diesem Gesetz nicht gut zu denken. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt sind, so tun wir doch einen Schritt vorwärts. Darum begrüßen wir das Gesetz, das einen wohltätigen Einfluß auf das Wirtschaftsleben ausüben wird. Auf ein sofortiges Inkrafttreten des Gesetzes müssen wir verzichten. Wir beantragen daher, das Gesetz am 1. Juli 1914 in Kraft treten zu lassen. Hoffentlich bringt es für Verkehr und Industrie reichen Nutzen.

Abg. Gothein (Vp.):

Ein Kompromißgesetz kann nicht alle befriedigen. Es bringt aber gewisse Fortschritte. Ueber eine falsche Bankpolitik haben wir nicht zu klagen. Ich hätte eine Todesangst, wenn man die gewaltigen Depositen vom Bundesrat verwalten lassen wollte, unter Mitwirkung des Reichstags. Denn das ist schließlich der sozialdemokratische Wunsch. Wir hoffen, daß es nicht so weit kommt.

Abg. Racken (Zentr.)

stellt fest, daß die sozialdemokratische Fraktion zu den Kompromißbesprechungen zugezogen wurde. Auch wir sehen das Gesetz nur als Abschlagszahlung an. Sobald die Rentabilität des Postscheckwesens es erlaubt, muß die Stammeinlage auf 25 Mk. herunter- und die Eingabluggebührgrenze auf 50 Mk. heraufgesetzt werden.

Das Gesetz wird dann endgültig verabschiedet. Es tritt nach dem Antrag Beck (nll.) am 1. Juli 1914 in Kraft.

Die Verhinderung wechsel- und scheckrechtlicher Handlungen im Ausland.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über die Folgen der Verhinderung wechsel- und scheckrechtlicher Handlungen im Ausland. Die Vorlage ist eine Folge der Balkanmoratorien, durch die ausländische Wechselinhaber an der rechtzeitigen Vorlegung und Protesterhebung verhindert wurden. Bei zukünftigen Moratorien sollten die Rechte aus einem Wechsel oder einem Scheck ungeachtet der Versäumnis bestehen bleiben, wenn die notwendige Handlung unverzüglich nach Wegfall des Hindernisses nachgeholt wird.

Das Gesetz wird ohne Aussprache angenommen.

Das Luftverkehrsgesetz.

Ministerialdirektor Lewald:

Die Generation, der die Mehrzahl des Hauses angehört, hat sich in ihrer Jugend mit dem Fliegen nur soweit beschäftigt, als es die deutschen Dichter getan haben. Was der Dichter damals sang: „Der Himmel über mir und unter mir die Welt" — — es hat niemand daran gedacht, daß es für ihn möglich wäre, so angenehm und bequem wie bei der Zeppelinfahrt des Reichstages das Wort zur Wahrheit werden zu lassen. Wie fern liegen die Zeiten, wo der schwäbische Dichter sagte, wann werden wir fliegen können, und die Antwort erhielt: Wohl 100 Jahre werden vergehen, ehe ein Luftschiff durchs Morgenrot fährt. Das erste Zeppelinluftschiff entstand, und seitdem entwickelte sich stark und vielseitig in allen Ländern, und besonders in unserem Vaterland, der Luftverkehr derart, daß man daran denken muß, die Frage gesetzlich zu regeln. Im Jahre 1907 beschäftigte sich das Haus zum erstenmal damit und bewilligte für das Zeppelinluftschiff einen Nachtragsetat, kurze Zeit später einen größeren Betrag. Die Zerstörung des ersten großen Zeppelinluftschiffes in Echterdingen rief eine starke nationale Bewegung hervor, und seitdem hat sich die Frage zu hoher Bedeutung entwickelt.

Es ist ein schönes und beachtenswertes Merkzeichen, daß nicht nur die Luftschiffunternehmungen, sondern auch andere Unternehmungen aus einer starken nationalen Bewegung hervorgegangen sind und daß die nationale Bewegung sie auf die Höhe gebracht hat, auf der wir jetzt stehen. Wir haben in Deutschland etwa 20 Luftschiffe, eine große Anzahl von Flugzeugen — die der Militärverwaltung sind zahlenmäßig bekannt —, 16 Luftschiffhallen, über das ganze Reich verteilt, Flugrichtpunkte, die von Vereinen angelegt worden sind, große Flugplätze in den verschiedensten Teilen. Wir haben auch eine Versuchsanstalt für Luftfahrten begründet, die von besonderer Bedeutung werden wird. 30 Fabriken befassen sich mit der Herstellung von Flugzeugen, große Kapitalien sind darin festgelegt, und die Entwicklung des Luftschiffbaues wird erfreulicherweise ebenso vor sich gehen wie die Luftfahrten bei uns. Wenn nun noch 80 Vereine mit etwa 120 Freiballons bestehen, so muß man anerkennen, daß in der Tat eine recht große Bewegung vorliegt, die schließlich einer gesetzlichen Regelung bedarf.

Man wirft uns Deutschen vor, daß wir eine besonders starke Neigung zum Reglementieren haben. Aber auf diesem Gebiet sind wir so zurückhaltend gewesen, wie nur irgend möglich. Lediglich eine Anweisung an die Polizeibehörden ist im Jahre 1911 von den beteiligten preußischen Ressorts ausgegeben worden. Hiernit und im Verein mit dem Deutschen Luftfahrerverband, dem ich von dieser Stelle für seine wirkungsvolle Mitarbeit Dank sage, haben wir, so gut es eben ging, eine Regelung eintreten lassen. Jetzt ist aber ein Zeitpunkt gekommen, wo wir dasselbe tun müssen, was andere Nationen bereits getan haben. Zunächst wollten wir die Frage durch einen internationalen Vertrag regeln. Die französische Regierung hat bekanntlich zu einer internationalen Konferenz eingeladen und diese hat im Jahre 1910 stattgefunn. Sie hat sehr eingehende und mühsame Vorarbeiten geschaffen, jetzt müssen wir die Frage auch national regeln. England ist mit einem Gesetz vorangegangen, das im wesentlichen den Zweck verfolgte, fremde Luftfahrzeuge von seinem Boden fernzuhalten. Frankreich hat Verkehrsvorschriften erlassen, die es später gesetzlich regelte. Oesterreich hat darüber eine Ministerialverordnung. Der Kommission werden wir das gesamte ausländische Material vorlegen.

Wir haben einen internationalen Verkehrsvertrag mit Frankreich getroffen, mit dem erfreulichen Erfolg, daß die Fälle, in denen deutsche Luftschiffe im Nebel auf französischem Boden landeten, keine Schwierigkeiten verursachten. Wenn wir jetzt eine gesetzliche Regelung wollen, so geschieht es in dem Gefühl der Verantwortung, daß man für den Verkehr vorsorgen muß im Interesse des Publikums, wie im Interesse der Flieger. Bei der Entwicklung des Flugwesens ist es ähnlich gegangen wie bei der Eroberung des Kolonialreichs, wo junge Pioniere, ihr Leben verachtend, vorangegangen sind und als Opfer fielen. Das soll vermieden werden. Wir wollen strenge und feste Regeln schaffen, eine Grundlage dafür, daß weitere Opfer, soweit irgend möglich, vermieden und ausgeschaltet werden.

Der Entwurf gliedert sich in drei klare Teile. Der erste Abschnitt enthält die Verkehrsvorschriften und dabei ist der Grundgedanke, daß die Erprobung neuer Fahrzeuge grundsätzlich auf den Flugplätzen vor sich gehen soll. Je strenger die Verkehrsvorschriften sind, desto mehr Sicherheit ist geboten und desto weniger Gefahren ergeben sich. Der zweite Abschnitt behandelt die Luftfahrtunternehmungen. Damit ist eine Bahn beschritten, die einen Ausblick in die Zukunft bietet. Wir wissen nicht, ob sich wirkliche Luftfahrtunternehmungen größeren oder kleineren Stils entwickeln werden, aber es erschien wichtig, für eine solche Entwicklung die Bahn frei zu machen. Dabei werden weitgehende Vollmachten für den Bundesrat verlangt. Das ist notwendig, weil ja gerade auf diesem Gebiet wenig Erfahrungen existieren und immer neue Erfindungen auftauchen. Da muß es der Bundesrat in der Hand haben Bestimmungen zu treffen und darf nicht an starre Bestimmungen gebunden sein. Der dritte Teil handelt dann von der Haftpflicht.

Hier hat die Kritik den Vorwurf erhoben, daß der Haftpflicht zu enge Grenzen gezogen seien. Man muß aber bedenken, daß eine sehr weitgehende Haftpflicht dem Flugwesen Eintrag tun muß. Das will aber das deutsche Volk nicht. Auch Graf Zeppelin hat sich erst kürzlich für die Regelung, wie sie im Gesetz ausgesprochen ist, erklärt. Das Luftfahrtwesen ist in erfreulicher Entwicklung begriffen. Im Vorjahre sind 14 000 Personen mit Luftschiffen befördert worden, auf dem größten Flugplatz Deutschlands, in Johannisthal, wurden im vorigen Jahre an 336 Flugtagen 36 000 Flüge ausgeführt und dabei 327 000 Kilometer Luftwege zurückgelegt. Dabei sind die Unfälle ständig zurückgegangen. Sie betrugen 1911 0,84, 1912 0,61 und 1913 0,31 Proz. der ausgeführten Flüge. Unsere Luftfahrtunternehmungen müßten den Betrieb überhaupt einstellen, wenn wir eine starke Haftpflicht einführen würden. Man muß deshalb richtig abwägen zwischen den Gefahren der Luftschiffahrt und der Möglichkeit, das Flugwesen weiter zu entwickeln.

Ich hoffe, daß auf diesem Gebiete in der Kommission eine Verständigung erzielt wird, die der Allgemeinheit Nutzen bringt und auf der anderen Seite die Gewähr bietet, daß das deutsche Flugzeugwesen sich in derselben erfreulichen Weise weiterentwickeln kann wie bisher. Ich hoffe, daß auf dieser Grundlage für die deutsche Luftschiffahrt als eine jüngere, aber nicht unebenbürtige Schwester der deutschen Seeschiffahrt erweisen wird. Beide haben ja den Kampf gegen die Elemente zu führen. Wie sich die deutsche Seeschiffahrt überall das vollste Vertrauen erworben hat, so vertrauen wir darauf, daß sich auch die Luftschiffahrt bei der Begeisterung, mit der die deutsche Jugend sich diesem neuen Verkehrsweg widmet, eine gedeihliche Weiterentwicklung erfährt. Und wir wollen wünschen und hoffen, daß es unserer Technik und unserer Wissenschaft gelingen möge, auf der vorhandenen Grundlage tüchtige Flugzeuge zu schaffen, damit Deutschland auch auf diesem Gebiet in der Welt vorangeht. (Lebh. Beifall.)

Abg. Landsberg (Soz.):

Der Gesetzgeber geht hinter dem Techniker her. Das tadle ich nicht. Aber ich tadle es, daß die Regierung bei der Schaffung dieser Bestimmung so wenig Phantasie bewiesen hat. Nach der poetischen Einleitung des Ministerialdirektors hätte man mehr erwartet. Die Vorlage hat Zukunftsperspektiven zu wenig Raum gegeben. Diese ganze Materie schreit nach internationaler Regelung. Werden nicht deutsche Ballons an der Grenze oft von den Russen beschossen? Wird jemandem der Erlaubnisschein irrtümlich entzogen, so muß voller Schadenersatz gewährt werden. Das wird einen schädlichen Uebereifer der Polizei verhindern. Die Arbeitsverhältnisse der Steuerleute, Maschinisten usw. müssen in diesem Gesetze geregelt werden. Das ist auch bedeutungsvoll für die Sicherheit des Luftverkehrs. Die Bestimmungen über die Haftpflicht sind der schwächste Teil des Gesetzes. Sie sind sklavisch dem Automobilgesetz nachgebildet, obwohl zwischen Luftverkehr und Automobilverkehr doch ein gewaltiger Unterschied besteht. Sogar mehrere Schnitzer sind aus dem Automobilgesetz einfach mit abgeschrieben worden. (Heiterkeit.)

Der ganze Begriff der Verschuldungshaftung paßt nicht in unsere Zeit. Dann ist die beschränkte Haft eingeführt. Wenn ein Mensch getötet oder verletzt wird, so haftet der Unternehmer nur bis zu einem Kapitalbetrage von 50 000 Mark. Bei mehreren Verletzten steigt diese Summe bis auf 150 000 Mark. Auch diese Summen sind aus dem Automobilgesetz einfach abgeschrieben. Aber ein Luftfahrzeug kann doch viel mehr Schaden anrichten als ein Automobil. Beschädigt das Auto vielleicht drei, vier Personen, so würde der Schaden, den ein in voller Fahrt befindliches Luftfahrzeug anrichtet, das in eine Menschenmenge gerät, unabsehbar sein. Wir können uns mit dieser beschränkten Haft überhaupt nicht befreunden. Wir fordern, daß der Unternehmer eines Luftfahrzeugs bis zur Grenze der höheren Gewalt den vollen Schaden trägt. Wir müssen schon heute eine weitgehende Haftung einführen, sonst hindern uns später die Interessenten. Die Industrie kann die Lasten sehr wohl tragen. Sonst verzichten wir lieber darauf, eine Industrie lebensfähig zu halten auf Kosten der Allgemeinheit. Wir beantragen eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Dr. Belzer (Zentr.):

Wir begrüßen den Entwurf. Leider ist eine internationale Regelung nicht erfolgt. Aber daran ist die Regierung nicht schuld. Sie hatte auf der Pariser Konferenz getan, was möglich war. Jetzt sind weitere Vorbedingungen für ein internationales Uebereinkommen geschaffen. Mit der Regierung ist für uns die Hauptsache die Frage der Bundessicherheit und der Landesverteidigung. (Sehr gut!) Von diesem Standpunkte aus gehen wir an die Beratung der Vorlage heran. Man muß bedenken, daß nicht weniger als 90 Proz. der Luftfahrzeuge im Dienste des Reiches stehen. Die Entwicklung des ganzen Luftwesens hängt also mehr von der Landesverteidigung als als vom Verkehr. In das Gesetz sollten auch Fallschirme aufgenommen werden. Notwendig sind auch Vorschriften bezüglich der Leuchtfeuer. Die Gesetzen des Luftverkehrs geben die Gewähr, daß alle Bestimmungen strikt befolgt werden. Wir wünschen nicht, daß der Luftverkehr in drakonischen Heftpflichtbestimmungen erstickt wird, aber die Vorlage bietet entschieden zu wenig. Es ist ein nobile officium des Reichs bei den schrecklichen Unglücksfällen, wie wir sie erlebt haben, dafür zu sorgen, daß angemessene Entschädigungen gezahlt werden. Wir werden ernstlich erwägen, ob wir in der Frage der Haftpflicht nicht zu einem Zwangsgenossenschaft kommen können.

Abg. Dr. Quarck-Coburg (Natl.):

Wir gedenken mit Stolz der Erfolge, die wir auf dem Gebiete der Luftschiffahrt davongetragen haben. Das verdankten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140313014/fragment/page=0001

nur dem Unternehmungsgeist der Industrie und dem Wagemut der Luftschiffer. Vielleicht ist die Dreiteilung Freiballone, Luftschiffe, Flugzeuge zu eng gefaßt. Die gesetzliche Regelung muß ihre Grenzen finden in dem Bedürfnis der Allgemeinheit nach Schutz vor den Gefahren, die der Luftverkehr mit sich bringt, dem Bedürfnis des Verkehrs in der Luft selbst und in dem Bedürfnis des Staates, die Entwicklungsmöglichkeiten auf diesem Gebiete nicht aus seiner Machtsphäre entgleiten zu lassen, sondern rechtzeitig für sich zu regulieren. Sie soll eine Einheitlichkeit der Entwicklung und eine gewisse Zentralisation der Kontrolle garantieren.

Die Vollmachten des Bundesrates dürfen nicht in der Weise angewendet werden, daß sie der Monopolstellung irgendeiner Privatgesellschaft Vorschub leisten. Die Haftpflicht liegt so eigenartig, daß sie, wie vorgeschlagen, aus dem Rahmen des bürgerlichen Gesetzbuches herauszunehmen ist. Für Zwangsgenossenschaften ist die Zeit noch nicht gekommen, da wir ausländische Gesellschaften nicht ohne weiteres heranziehen können. Später werden sie allerdings kommen müssen. Mit der Ueberweisung an eine Komission von 21 Mitgliedern sind wir einverstanden.

Abg. Dr. Oertel (Kons.):

Hätte man uns vor 50 Jahren gesagt, wir würden im Jahre 1914 ein Luftverkehrsgesetz beraten, man hätte allgemein den Kopf geschüttelt. Wir freuen uns dieses Fortschritts, aber man muß auch eine gewisse Nüchternheit der Frage gegenüber bewahren. Die Vorlage hält die richtige Mitte zwischen Zukunftsmusik und Gegenwartsarbeit. Die Sprache des Gesetzes ist gut. Wäre ich noch Lehrer der Deutschen, so würde ich ihm die Zensur 1b geben. (Heiterkeit.) Alle Gesetze sollten dem Allgemeinen Deutschen Sprachverein vorgelegt werden. (Zuruf: Geschieht schon!) Um so besser. Die juristische Sprache ist allerdings mit der Sprache des normalen Menschen manchmal unvereinbar. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Die Sicherheit und die Verteidigung des Landes ist auch für uns die Hauptsache. Alle anderen Gesichtspunkte müssen sich unterordnen. Das erkläre ich auch im Namen der Reichspartei. (Sehr gut! rechts.) Bei den Bestimmungen über die Luftfahrtunternehmen hat das Gesetz zwischen der Erdenschwere des Partikularismus und der leichten Luft Reichseinheit die richtige Mitte gefunden. In der Haftpflichtfrage haben auch wir Bedenken. Hier müssen erhebliche Aenderungen einsetzen. Die Grenzen der Haftpflicht sind viel zu eng. Die Landwirtschaft hat ein lebhaftes Interesse am Luftschiffahrtswesen. Vor schweren Schäden muß sie aber geschützt werden. Ich glaube nicht, daß unsere Zukunft in der Luft liegt. An den Fortschritten zur Luftbeherrschung nehme ich als Agrarier aber lebhaften Anteil. (Beifall.)

Abg. Siehr (Vp.):

Wir begrüßen die Vorlage. Die Fortschritte der Luftschiffahrt sind in den letzten Jahren sehr überraschend und glänzend gewesen. Ein frischer, fröhlicher Wagemut und eine tatendurstige Unternehmungslust machten sich geltend. Die Frage der Haftpflicht wird erheblich abzuändern sein. Im übrigen ist der Entwurf eine brauchbare Grundlage. An sich bestehen konstitutionelle Bedenken gegen eine Blankovollmacht für den Bundesrat, wie sie für verschiedene Fragen gefordert wird. Aber da diese Fragen noch gar nicht geklärt sind, ist es unmöglich, schon jetzt gesetzliche Bestimmungen über alle Einzelheiten zu treffen.

Die Entschädigungen sind zu niedrig bemessen. Die Höhe der Höchstsummen ist nicht ausreichend. An eine Zwangsgenossenschaft können wir jetzt noch nicht denken, weil uns noch alle Unterlagen fehlen. Vielleicht ist bei einer internationalen Regelung auf größerer Basis eine solche Zwangsgenossenschaft möglich.

Ministerialdirektor Lewald:

Es ist selbstverständlich, daß alle Fragen, wie Prüfung, Zulassung usw. einheitlich geregelt werden. Bei der Aufstellung der Bundesratsverordnungen werden in weitestem Maße alle Sachverständigen herangezogen werden.

Abg. Bender (Soz.)

fragt an, ob die privaten Fliegerschulen bestehen bleiben sollen, oder ob sie durch kommunale oder staatliche ersetzt werden sollen.

Das Gesetz geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Freitag, 10 Uhr: Anfrage, Duellinterpellation des Zentrums.

Schluß 6¾ Uhr.

Die Ansiedelungstätigkeit in der Ostmark.

Die neue Denkschrift der Ansiedelungskommission für 1913 geht jetzt dem Landtage zu. Der wesentlichste Inhalt ist folgender: Im Jahre 1913 wurden 1 Herrschaft, 11 Rittergüter, 25 sonstige Güter sowie 25 Bauernwirtschaften in einer Gesamtfläche von 16 361 Hektar für den Kaufpreis von 34,3 Millionen Mark erworben. Von den genannten Gütern waren 3 Rittergüter, 10 Güter und 17 bäuerliche Grundstücke, zusammen 4313 Hektar (22 Prozent des Gesamterwerbs) in polnischer Hand. Im ganzen wurden überhaupt bis Schluß des Jahres 438 560 Hektar oder 77½ Quadratmeilen zum Erwerbspreis von 448,98 Millionen Mark erworben. Der durchschnittliche Kaufpreis für die im Jahre 1913 angekauften Güter beträgt 1809 Mark pro Hektar, für die Grundstücke 2087 Mark pro Hektar (Durchschnittspreis 1821 Mark pro Hektar). **Wie die Kaufpreise gestiegen sind,** geht aus einem Vergleich der Kaufpreise im Jahre 1910 hervor (1034 Mark pro Hektar für Güter, 1718 Mark pro Hektar für Grundstücke; Durchschnittspreis 1114 Mark.) Aus dem wichtigsten Abschnitt, dem Ansiedelungsgeschäft, ist zu vermerken, daß 7874 neue Ansiedelungsanträge gestellt wurden; 2965 Bewerber meldeten sich wieder, die in früheren Jahren keine Stelle erhalten hatten. Ueber 1109 Ansiedlerstellen wurden Verträge geschlossen und 825 endgültig vergeben. Diese Stellen umfassen zusammen 9548 Hektar, woraus ein weiterer Rückgang der Vergebung hervorgeht. (1912 wurden 10 479 Hektar, 1911 18 066 und 1910 20 697 Hektar vergeben.) Die Durchschnittsgröße der Ansiedlerstellen beträgt 11,60 Hektar. Das Besiedelungsergebnis 1913 kommt etwa einer Gründung von 24 Dörfern mit je 400 Hektar Stellenland gleich. Bis Ende 1913 wurden im ganzen 19 022 Renten- und 2235 Pachtstellen, zusammen 21 257 Ansiedlerstellen vergeben, dazu 115 Häuslerstellen in staatlichen Arbeitermiethäusern. Im ganzen sind bisher 21 372 Ansiedlerfamilien mit 128 332 Köpfen zu Rente, Pacht oder Miete angesetzt worden. Seit Bestehen der Ansiedelungskommission sind 53½ Quadratmeilen oder 303 342 Hektar vergeben worden. Von den 444 250 Hektar umfassenden Gesamterwerbungen sind 395 131 Hektar (= 88,94 Proz.) verwendet. Noch unverwendet sind 49119 Hektar, von denen 22271 Hektar für bäuerliche Besiedelungen ungeeignet sind. Rechnet man den erfahrungsmäßig notwendigen Flächenabgang noch ab, so waren Ende 1913 nur noch 21848 Hektar als reines Stellenland für etwa 1880 Ansiedlerstellen vorhanden. Von den 7874 Ansiedelungsbewerbern sind 241 Katholiken. Einem Teil von ihnen sind Ansiedlerstellen auf drei Güter im Kreise Wreschen zugesagt. Im Frühjahr 1914 wird auch ein Gut in Westpreußen zur Besiedelung mit Katholiken ausgelegt. Auf den Ansiedelungsgütern waren Ende 1913 293 ledige deutsche Arbeiter und Handwerker und 1028 deutsche Arbeiter- und Handwerkerfamilien eingestellt, unter ihnen 494 Rückwandererfamilien und 96 einzelne Rückwanderer, die zusammen 5917 Köpfe ausmachen. (1912 918 Rückwandererfamilien, 238 Ledige.) In Ansiedlergemeinden hatten Ende 1913 2000 deutsche Handwerker- und Arbeiterfamilien sowie 6000 einzelne Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Wohnsitz, zusammen 165 000 bis 170 000 Personen. Die gesamte deutsche Bevölkerung auf den Ansiedelungsgütern und -Gemeinden beträgt ca. 151000 Personen.

Die Besitzstandsfestigung des alten deutschen Besitzes nimmt einen gleichmäßigen Fortgang. Es wurden 130,67 Millionen Mark dafür hergegeben. 1786 bäuerliche Stellen (30 555 Hektar) und 45 größere Güter (20 632 Hektar) sind 1913 im Besitz gefestigt. Eine große Anzahl von Anträgen hat zurückgewiesen werden müssen, namentlich deshalb, weil die Belastung die zulässige Beleihungsgrenze überstieg. An Ansiedelungsprämien wurden 41 000 Mark gezahlt. Beim Ansiedelungsfonds beziffert sich der Ueberschuß der Ausgaben über die Einnahmen auf 621 310 000 Mark.

Deutsches Reich.

Gegen die Beamten in Konsumvereinen. Die Handels- und Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses beriet Petitionen, die eine Besteuerung der Konsumvereine, sowie den Erlaß eines Verbotes des Beitritts von Beamten zu solchen Vereinen verlangten. Aus der Kommission wurde strengere Durchführung der Ministerialerlasse verlangt, die sich gegen die Beteiligung der Beamten an Konsumvereinen richten; insbesondere sollten höhere Beamte, die nach der Ausführung einer Petition besonders zahlreich in Saarbrücken zu den Konsumvereinsmitgliedern zählten, größere Rücksicht auf die Interessen der Kleingewerbetreibenden nehmen. Die Petitionen wurden der Regierung als Material überwiesen.

Die Sonntagsruhekommission. Die Kommission des Reichstages für die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe beriet am Donnerstag zunächst die Regelung der Sonntagsruhe und Sonntagsarbeit bei örtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang der Gemeinden. Hierzu lag ein von den bürgerlichen Parteien eingebrachter Antrag vor: „Für kleinere Gemeinden, die mit einer größeren Gemeinde in örtlichem Zusammenhange liegen oder mit dieser hinsichtlich der offenen Verkaufsstellen ein einheitliches Verkehrsgebiet bilden, kann die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der zuständigen gesetzlichen Vertretungen von Handel und Handwerk und der beteiligten Gemeindebehörden anordnen, daß die für die größere Gemeinde festgesetzte kürzere Beschäftigungszeit oder völlige Sonntagsruhe auch hier Geltung hat." Bei der Abstimmung wurde die Aufnahme einer Zwangsvorschrift („hat" statt „kann") mit 15 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Die Anhörung der Angestelltenverbände wurde mit 14 gegen 13 Stimmen in den Antrag aufgenommen.

Residenzpflicht der Lehrer. Die Gemeindekommission des Abgeordnetenhauses hat Mittwoch über eine Petition des Zentralverbandes preußischer Gemeindebeamten und des Vereins der Groß-Berliner Lehrer und Gemeindebeamten auf Aufhebung der Bestimmungen über die Residenzpflicht der Beamten und Lehrer verhandelt. Von der Kommission wurde anerkannt, daß eine Revision dieser Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts aus dem Jahre 1794 notwendig sei. Die Petition wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Besteuerung des Einkommens der Ehefrauen. Die Gemeindekommission des Abgeordnetenhauses überwies eine Petition mehrerer Frauenvereine, die eine selbständige Besteuerung des Einkommens der Ehefrauen verlangt, der Regierung als Material mit Rücksicht darauf, daß in absehbarer Zeit dem Hause eine Novelle zum Einkommensteuergesetz vorgelegt werden könnte.

Die Arbeitslosenversicherung in Bayern. Die bayerische Regierung hat zuerst von den Bundesstaaten an die Durchführung einer Arbeitslosenversicherung bei Gemeinden gedacht und hierfür eine Forderung von 75 000 Mk. dem Landtage vorgelegt. Im Namen der Liberalen erklärte Donnerstag der Abgeordnete Schön im bayerischen Landtag, daß die Summe zu niedrig sei und daß die Liberalen dem weitergehenden sozialdemokratischen Antrage auf 150 000 Mk. zustimmen werden. Auf keinen Fall aber dürfe bei der Durchführung dieser gemeindlichen Arbeitslosenversicherung eine Stärkung der Gewerkschaften hervortreten, da Organisierte und Nichtorganisierte sich gleichzeitig versichern müssen. Da Reichsregierung und Bundesstaaten keine Lust zeigten, einzugreifen, müßte Bayern mit gutem Beispiel vorangehen.

Parteinachrichten.

Herr Erzberger und der Rote Adlerorden. Der vielgewandte Zentrumsabgeordnete Erzberger genießt in seiner schwäbischen Heimat einen außerordentlichen Ruf als Diplomat und Ministerstürzer. Man erzählt sich Wunderdinge von dem großen Einfluß, den er hinter den Kulissen ausübt. Wie weit die Gutgläubigkeit der Leser geht, dafür bietet eine Briefkastennotiz in dem Zentrumsblatt „Der Zoller", das in Hechingen erscheint, ein großartiges Beispiel. Es heißt dort:

„Tatsache ist, daß dem Abgeordneten Erzberger vor einer Reihe von Jahren eine Privatstellung mit einem Mindesteinkommen von 100 000 Mk. jährlich angeboten wurde, die er aber, um seiner parlamentarischen Stellung treu zu bleiben und um der katholischen und vaterländischen Sache zu nützen, ablehnte. Tatsache ist ferner, daß Abgeordneter Erzberger, wie wir es von ihm selbst wissen, vor drei Jahren den Roten Adlerorden 2. Klasse — eine für einen Parlamentarier hohe, sehr seltene Auszeichnung — angetragen erhielt, ihn aber ebenfalls ablehnte."

Es ist gewiß eine schöne Sache um den Männerstolz vor Königsthronen, aber wir glauben doch, daß Herr Erzberger den Mund etwas reichlich voll genommen hat, denn der Rote Adlerorden 2. Klasse wächst selbst auf dem parlamentarischen Boden heutzutage noch nicht wild. Und auch mit dem 100 000 Mark-Angebot wird es wohl seine Bewandtnis gehabt haben.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser wohnte im Ministerium der öffentlichen Arbeiten einem mit der Vorführung zahlreicher Modelle verbundenen Vortrage bei, der von dem Vortragenden Rate im Ministerium Geheimen Oberbaurat Hoogen über Anlagen zur Sicherung des Eisenbahnbetriebes gehalten wurde. Nach einem Ueberblick über die mit dem Eisenbahnbetriebe verbundenen Gefahren und die Ergebnisse der Unfallstatistik erörterte der Vortragende die Sicherungsvorrichtungen, die in Deutschland und anderen Staaten mit dichtem Eisenbahnnetz und starkem Verkehr in Anwendung sind. Es wurden die zur Sicherung der Zugfahrten dienenden verschiedenen Streckenblocksysteme besprochen. Besondere Berücksichtigung fanden auch die Vorrichtungen, die das Ueberfahren der Haltesignale verhüten sollen. Dabei wurden die auf den preußischen Staatsbahnen in Versuch befindlichen Sicherungsvorrichtungen im Modell vorgeführt.

Ausland.

Französische Hetzereien gegen Italien.

In der französischen Kammer hat die Darstellung der äußeren Politik Frankreichs durch den Ministerpräsidenten Herrn Doumergue keinen Widerspruch bei den Konservativen gefunden. Dagegen erhebt der Führer der Katholiken Graf de Mun im „Echo de Paris" Einwände, die er in der Kammer für sich behalten hatte. Er tadelt die unangebrachte Vertrauensseligkeit, die aus den Worten des Herrn Doumergue sprach, und sagte u. a.: Vor einem Jahre schien der Dreibund in seinen Ausdehnungsbestrebungen nach dem Orient hin aufgehalten. Heute herrscht er in Konstantinopel, öffnet nach dem Adriatischen Meer hin die Straße, die ihm nach dem Aegäischen Meer versperrt ist, und breitet in Kleinasien das Netz seiner Einflüsse aus. Oesterreich-Ungarn hat in seinem letzten diplomatischen Feldzuge unbestreitbare Erfolge errungen. Es hat sie nicht durch friedliche Beteuerungen errungen, sondern damit, daß es viele Monate lang den Alpdruck einer drohenden Mobilmachung auf Europa lasten ließ, dessen Wucht der deutsche Reichskanzler noch vermehrte, indem er erklärte, bei der ersten Fingerbewegung Rußlands werde Deutschland an der Seite seines Verbündeten stehen. Uns steht es nicht zu, als glückliche Frucht des europäischen Konzerts einen Frieden zu feiern, der mit derartigen Drohungen aufrechterhalten wurde."

Graf de Mun tadelt auch die wohlgefälligen Aeußerungen des Herrn Doumergue über die Regelung der albanesischen Frage und sagt dann: „Italien ist in Europa der Herd der Feindseligkeiten, wo eines Tages der Brand gegen uns sich entzünden wird. Unser lieber Nachbar in Nordafrika lauert auf den Augenblick, wo er seinen Volksgenossen, mit denen er unsere tunesischen Behausungen bevölkert, die Hand wird reichen können. Man muß absichtlich die Augen vor dem Augenblick verschließen, um die Gefahr nicht zu sehen, die sich hinter der gemeinsamen Mauer aufrichtet, wie man auch sich absichtlich einer Selbsttäuschung, die eine schlechte Entschuldigung für eine Politik des Verzichts ist, hingeben muß, um wenigstens mit einem Wort des Einspruchs Italiens Unternehmungen in Syrien gegen unseren vielhundertjährigen Einfluß zu kennzeichnen."

Verbot der Auswanderung aus Oesterreich.

Lebhaften Widerspruch erregt in Oesterreich ein Erlaß des Ministers des Innern, der entgegen dem Staatsgrundgesetz allen männlichen Personen zwischen dem 17. und dem 55. Lebensjahre die Auswanderung schlechtweg verbietet. Der Minister engt damit die in dem Gesetz gezogenen Schranken der Freizügigkeit noch weiter ein. Sollte die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes gegen diesen Erlaß angerufen werden, müßte sie unbedingt gegen diesen Erlaß ausfallen. Aber diese Anrufung ist noch ungewiß und außerdem kann bis dahin noch viel Zeit vergehen. Inzwischen werden die Grenzen überwacht und niemand, der der Auswanderung verdächtig ist, wird ohne Paß über die Grenze gelassen. Pässe aber stellt die Behörde nur solchen Leuten aus, die sich nicht zwischen den in dem Erlaß gezogenen Altersgrenzen befinden.

Jaurès gegen den Dreijahresdienst. Die französische Kammer beriet am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Aufstellung der Cadres und über die Effektivbestände der verschiedenen Waffengattungen. Jaurès erklärte, der Entwurf mache die Rückkehr zum Zweijahresdienst unmöglich. Er nannte den Entwurf ein Blendwerk. Der Entwurf fordere z. B. Pferde für neue Regimenter, **während die schon jetzt nötigen Pferde für die vorhandenen Regimenter fehlen.** Ferner verlange er neue Offiziere und Unteroffiziere, **während schon jetzt 2500 Offiziers- und 6000 Unteroffizierstellen nicht besetzt** seien. Jaurès tadelte den Entwurf, weil er an der Grenze selbständige Regimenter von Reservisten schaffen wolle, während man früher sich immer scheute, eine zu große Anzal von Reservisten den Regimentern einzuverleiben. Jaurès schloß: Das Dreijahresgesetz wird unter der sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Last zugrunde gehen. Wenn das Parlament sich weigert, es abzuschaffen, werden die Sozialisten in dieser Sache einen Appell an das Land richten. (Beifall auf der äußersten Linken und auf verschiedenen Bänken der Linken.)

Der deutsch-französische Vertrag über Kleinasien. Wie der „Petit Parisien" meldet, nimmt man an, daß der Notenaustausch betreffend die deutsch-französische Abmachung über Kleinasien noch im Laufe dieser Woche stattfinden wird.

Koritza von den Epiroten genommen? Für die über Brindisi nach Paris gelangte, im „Echo de Paris" veröffentlichte Meldung, daß die aufständischen Epiroten sich der Albanien zugesprochenen Stadt Koritza bemächtigt hätten, fehlt jede andere Bestätigung. Die Nachricht kommt um so überraschender, als nach den letzten Meldungen aus Durazzo die von dem Fürsten Wilhelm von Albanien ins Werk gesetzte Mission des holländischen Obersten Thomson eine friedliche Verständigung anbahnen sollte.

Halle und Umgebung.

Halle 13. März.

Vollversammlung der Handwerkskammer Halle.

(Fortsetzung.)

Ehe man jedoch auf die Besprechung dieses Punktes näher einging, nahm der Vorsitzende mit Zustimmung der Versammlung eine Aenderung der Tagesordnung vor, indem er den Punkt 6

„Tuberkulosefürsorge im Mittelstand"

vorweg nahm und Herrn Stadtarzt Professor v. Drigalski das Wort zu seinem Vortrage über das Wesen und die erfolgreiche Bekämpfung der Tuberkulose erteilte. In gedrängter, aber leichtverständlicher Weise sprach er zunächst über das Wesen der Tuberkulose. Er schilderte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140313014/fragment/page=0002

die Form, Tätigkeit und Verbreitung des Krankheitserregers, eines Spaltpilzes, kam auf die verschiedenen Symptome der Tuberkulose zu sprechen und verweilte endlich länger bei der Frage: „Wie kann man gegen diese gesährliche Volkskrankheit erfolgreich vorgehen?" Das Wichtigste ist es dabei, die krankheitsverdächtigen Personen beizeiten zu entdecken und ihre Isolierung und Heilung herbeizuführen. Die im Versammlungssaale aufgestellten Bilder und Skizzen, die Vergrößerungen und Schemata von der Tuberkulosesorschung darstellten, trugen nicht wenig zum Verständnis der Ausführungen bei. Reicher Beifall dankte dem Redner. Zugleich forderte der Vorsitzende die Versammlung auf, sich zum Danke für den Vortrag von den Plätzen zu erheben.

Der Korreferent für diesen Punkt der Tagesordnung, Herr stellvertretender Vorsitzender Grecke, knüpfte an die soeben erfolgten Ausführungen die Bitte an die Kammermitglieder, das Gehörte und Gesehene in ihrem Kreise weiter zu verbreiten und die noch Unwissenden auf die Gesahr der Krankheit hinzuweisen. Die Kammer selbst stehe natürlich auf dem Standpunkte, alles aufzuwenden, daß dieses Uebel mehr und mehr zurückgedrängt werde. Es fehle eben auch hier, wie überall, zunächst noch an den Mitteln. Und so sei es nicht unangebracht, zu erwägen, ob die Handwerkskammer aus ihren Mitteln heraus einen Fonds zur Unterstützung jener Bestrebungen gewähren könne. Man habe ja schon etwas getan und eine Auskunftsstelle errichtet, die mit Rat und Tat den Fragestellern zur Seite stehen wolle. Redner wies noch einmal darauf hin, daß auch Herr Prof. v. Drigalski sich erboten hat, seinen Rat jederzeit zur Verfügung zu stellen.

Mit großem Interesse vernahm man die Mitteilungen des Herrn Regierungsvertreters, Herrn Regierungsrat Frhr. v. Maltzahn, zu diesem Punkte. Er teilte u. a. mit: Das deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose in Berlin habe eine Kommission zur Bekämpfung dieser Krankheit für den Mittelstand eingesetzt. In der Provinz Sachsen gehören dieser Kommission der Herr Oberpräsident und der Redner selbst an. Es ist also Gewähr dafür geboten, daß der Mittelstand in der Provinz Sachsen seine Fürsprecher an geeigneter Stelle besitzt, und es können daher hinsichtlich der zu tätigenden Arbeit zur Bekämpfung der Tuberkulose die besten Hoffnungen ausgesprochen werden. Im Reichstage hat man weiter in einem neuen Etat einen Fonds von 50 000 Mark gerade zur Bekämpfung der Tuberkulose im Mittelstand bewilligt. Dieser Fonds dient natürlich, da er sich über das ganze Reich zu verteilen hat, zunächst nur zu Organisationszwecken in den Vereinen zur Bekämpfung der Tuberkulose. Die Organisation in der Provinz Sachsen sei folgendermaßen gedacht, daß aus den drei Regierungsbezirken Delegierte gewählt werden sollen, die in Halle beraten und an die Bildung eines Tuberkulosefonds herantreten mögen. Man habe von der Regierung aus an alle Vereine des Mittelstandes Aufforderungen geschickt, die Bestrebungen zu unterstützen, und schon sehr viele zusagende Antworten von den Vereinen, seien es Beamten-, kaufmännische, landwirtschaftliche usw. Vereine, erhalten. Die verneinenden Antworten waren meistens damit begründet, daß die Geldfrage noch nicht geklärt sei. Das ist zunächst aber noch gar nicht nötig und nicht das Wichtigste. Viel wichtiger ist es, heute erst einmal das große Publikum für die Fragen zu interessieren und auf die Gefahr und die Heilungsvorschriften hinzuweisen. Und daran möge sich der gesamte Mittelstand beteiligen, einerlei ob ein Verein finanziell kräftig oder dies nicht ist; das Interesse an der Sache ist das Wichtigere.

Der Vorsitzende dankte dem Redner und ging nun wieder zu Punkt 4 der Tagesordnung zurück, zu dem nun Herr Sekretär Voigt das Wort ergriff. Der Referent wies auf die jedem Mitgliede vorliegenden Aenderungen hin, die vom Vorstande an den Bestimmungen des vom ostdeutschen Kammertage vorgelegten Entwurfes gemacht worden waren, und bat, den Entwurf mit den Aenderungen anzunehmen. Der Entwurf wurde einstimmig angenommen. Auf Beschluß der Versammlung schritt man jetzt in die Mittagspause ein.

Um 3 Uhr nachmittags beriet man ohne Gesellenausschuß weiter über Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf auf Abänderung des Kommunalabgabengesetzes. Der Referent, Herr Beauftragter Blume, bewies an der Hand von Beispielen, daß das Kommunalabgabengesetz nach dem Stande der wirtschaftlichen Entwickelung im besonderen unter Berücksichtigung der fortlaufend gesunkenen Kaufkraft des Geldes eine Abänderung dahin bedürfe, daß

1. nur wirklich leistungsfähige Betriebe durch die Gemeindegewerbesteuer zu erfassen sind. Die bisherige Heranziehung von Handwerksbetrieben schon mit einem Ertrage von 1500 Mark ist daher nunmehr unhaltbar geworden, diese dürfte nur bei einem Ertrage und einem Anlagekapital, welches die unterste Grenze für Veranlagung zur dritten Gewerbesteuerstufe bildet, künftighin erfolgen;

2. dagegen wirtschaftlich leistungsfähigere Berufe, die von der Gewerbesteuer bisher frei geblieben sind, z. B. Rechtsanwälte, Aerzte, Künstler, bei einem gleichen Ertrag aus ihrer Tätigkeit zu einer besonderen (Gewerbe-)Steuer herangezogen werden;

3. solche landwirtschaftliche Betriebe, mit denen ein gewerblicher Betrieb mit gleichem Ertrage und mit gleichem Anlagekapital verbunden ist, gleichfalls der Kommunalbesteuerung als wie andere Gewerbebetriebe unterstellt werden.

Daneben dürfte der Abzug von Schuldenzinsen vom steuerpflichtigen Einkommen eine Notwendigkeit sein.

Nach einigen zustimmenden Aeußerungen der Kammermitglieder beschloß man auch diese Stellungnahme zu genehmigen.

Es folgte die Festsetzung des Haushaltsplanes für 1914. Der Festsetzungsanschlag lag den Mitgliedern gedruckt vor und so konnte man leicht an der Hand dieser Vorlage den Ausführungen des Referenten, Herrn Sekretär Voigt, folgen, der die Aufgabe hatte, der Versammlung die Gründe für die Erhöhung des Budgets um 8500 Mark, was einer Erhöhung des Zuschlages zur Gewerbesteuer um 3 Proz. gleichkommt, klarzulegen. Den größten neuen Ausgabeposten, nämlich 6000 Mark, machte die neu zu errichtende Verdingungsstelle aus; sie spielte auch in der darauffolgenden Diskussion eine große Rolle. Der Referent analysierte die Summe der 6000 Mark, von der Gehalt des Beamten, Miete, Feuerung der Verdingungstelle und vor allem auch die erwachsenden Kosten der Zeitungsmitteilungen zu bezahlen sind. Die „Mitteldeutsche Handwerkerzeitung", das Organ der Handwerkskammer, erscheint von jetzt an, d. h. von Beginn der Wirkung der Verdingungsstelle an, monatlich dreimal, am 1., 11. und 21. des Monats. Ein strittiger Punkt war weiter die Erhöhung des Beitrages zu Besuchen von Ausstellungen, Meisterkursen usw. um 1000 Mark. Mit dieser Erhöhung arbeitet man auf eine Unterstützung von Handwerkern für die Ausstellung des deutschen Handwerks in Dresden 1915 hin. Man will also die dort benötigten 2000 Mark in zwei Raten, nämlich in den Etats 1914 und 1915, erheben, um so die Steigerung nicht zu plötzlich werden zu lassen. Die Diskussion ergab zuerst die vollständige Gegnerschaft der Mitglieder. Allein die Aufklärung des Herrn Sekretärs Voigt hatte den Erfolg, daß der Haushaltsplan mit 28 gegen 14 Stimmen angenommen wurde. Es wurde über Ausgaben und Einnahmen getrennt abgestimmt. Die Genehmigung des Planes bedeutet die

Erhöhung von 15 auf 18 Proz. des Zuschlages zur Gewerbesteuer.

Unter der Rubrik „Verschiedenes" brachte Herr Brause-Eisleben den Antrag des Vorstandes des Innungsausschusses in Eisleben vor, der eine Prüfungskommission für die Damenschneiderei verlangt. Allein diesem Ersuchen kann nicht Folge geleistet werden, da der Herr Regierungspräsident neue Kommissionen nicht gewähren wird, zumal die neue Prüfungskommission nach Eisleben, d. h. außerhalb der Zentrale Halle, gelegt werden soll. Wenn die Zahl der Damenschneiderinnen gegenwärtig in Eisleben eine sehr hohe sei, so müsse man das als vorübergehende Erscheinung betrachten, wofür man keine Kommission neu schaffen könne. Man ging daher auch über diesen Antrag zur Tagesordnung über. Unter anderen Anträgen sei noch hervorgehoben, daß künftig die Pferdeschlächter zum Handwerk gezählt werden sollen. Diesem Antrage wurde stattgegeben.

Darauf schloß der Vorsitzende die Vollversammlung um 5¼ Uhr nachmittags.

Personalveränderungen im Ober-Postdirektionsbezirk Halle. Versetzt sind der Postdirektor Zaar von Kattowitz (Oberschlesien) nach Halle; der Postsekretär Langrock von Glatz nach Weißenfels; der Ober-Telegraphenassistent Dau von Halle nach Berlin; der Telegraphenassistent Graßmann von Stettin nach Halle; die Telegraphengehilfin Schön von Berlin nach Halle.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 Gr.) Die Portoermäßigung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw. und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, z. B. Kanada. „Kaiser Wilhelm der Große" ab Bremen 18. März, „Kaiser Wilhelm II" ab Bremen 24. März, „Kaiserin Auguste Viktoria" ab Hamburg 26. März,, „George Washington" ab Bremen 28. März, „Kronprinz Wilhelm" ab Bremen 31. März, „Imperator" ab Hamburg 2. April, „Kronprinzessin Cecilie" ab Bremen 7. April, „Amerika" ab Hamburg, 9. April, „Prinz Friedrich Wilhelm" ab Bremen 11. April; Postschluß nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerke wie „direkter Weg" oder „über Bremen oder Hamburg" zu versehen.

Ein öffentlicher Teeabend soll am Sonntag, den 15. cr., abends 7½ Uhr im Gemeinschaftshause, Margaretenstr. 5, stattfinden; Eintrittskarten à 20 Pfg. sind an der Kasse daselbst zu erhalten.

Ausreißers Ende. Gestern nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr scheute eine Kuh von einem Viehtransport vor der elektrischen Bahn. Das wütend gewordene Tier riß sich aus der Koppel los und rannte ins freie Feld nach Schloß Freimsfelde, zu. Plötzlich stürzte das Tier hin und brach ein Bein. Die Kuh mußte deshalb an Ort und Stelle abgestochen werden.

Provinzial-Nachrichten.

✧ **Passendorf**, 12. März. (Wählerversammlung.) Am Sonnabend, den 14. d. M., abends 8 Uhr, findet im Gasthof zur Stadt Halle eine Wählerversammlung statt, in welcher die Kandidaten der dritten Klasse aufgestellt werden sollen. Alle national gesinnten Wähler der dritten Klasse werden dazu eingeladen.

n. **Weißenfels**, 12. März. (Städtisches.) In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde über Herabsetzung der elektrischen Licht- und Krafttarife beraten, für welche verschiedene Anträge aus der Bürgerschaft vorlagen. Direktor Bussen bemerkte, daß durch Wegfall der Zählermiete bereits ein Ausfall von 23 000 Mark entstände, der sich bei Herabsetzung des Lichttarifes verdoppeln würde. Der bisherige Lichtpreis bleibt bestehen, jedoch soll die Lampe statt mit 50 Kilowatt nur mit 40 Watt berechnet werden. Im städtischen Schlachthause sollen Kühlzellen für Wild und Geflügel errichtet werden; die Baukosten betragen 3600 Mark. — Nachdem bisher schon 1300 Stück Heimsparbüchsen ausgegeben wurden, sollen weitere 100 beschafft werden. Im letzten Jahre enthielten die Heimsparbüchsen 22 000 Mark. — Die Beteiligung an der Siedelungsgesellschaft „Sachsenland" mit 15 000 Mark wurde entgültig beschlossen. — Eine sehr erregte Debatte rief die beabsichtigte Kinokartensteuer hervor, die angenommen wurde; von allen Karten über 20 Pfg. wird Steuer erhoben werden. Auch der Antrag des Magistrats auf Unterstützung des Stadtorchesters wurde angenommen. Der Musikdirektor erhält 2400 Mark für seine Person, außerdem für jeden seiner 24 Gehilfen monatlich 20 Mark Zuschuß, in Summa jährlich 8160 Mark.

Freyburg a. U., 12. März. (Opfer der Unstrut.) Am Montag wurde am Döhlitz die Leiche einer Frau von der Unstrut ans Ufer getrieben. Es ist die seit dem Dezember vermißte Emilie Friedrich geb. Borgis aus Roßleben, 45 Jahre alt. Aus Roßleben wird noch eine zweite Person vermißt, die im Januar in der Unstrut verunglückt ist, nämlich die sechs Jahre alte Tochter Gertrud des Bergarbeiters Johann Romanowski.

Zeitz, 12. März. (Ertrunken) ist gestern nachmittag der vierjährige Heini Will in der Elster. Das Kind war von einem achtjährigen Schulknaben in der Nähe der Auebrücke mit zum Spielen an die hochgehende Elster genommen worden und ist dabei ins Wasser gestürzt. Anstatt Hilfe herbeizurufen, lief der größere Knabe fort und machte erst heute früh Mitteilung von dem Vorgefallenen. Die Leiche des Kindes, die von dem Wasser fortgeschwemmt wurde, ist noch nicht gefunden.

Zeitz, 11. März. (Großer Geländeankauf durch die Stadt.) Schon seit längerer Zeit schweben Verhandlungen über den Ankauf des Roßnerschen Stadtgutes durch die Stadt. Das Gut ist 1 093 567 Hektar = 550 Morgen groß und vermag nach der Denkschrift des Magistrats, da es fast ganz im Weichbild der Stadt liegt und zum größten Teil vorzügliches Bauland enthält, bei vollständiger Bebauung rund 22 000 Einwohner zu fassen. Geplant sind nicht nur genügend öffentliche Plätze und Spielplätze für die Kinder, sondern es ist auch beabsichtigt, im Anschluß an das Knittelholz im Südosten der Stadt auf der Höhe 130 Morgen aufzuforsten, so daß den Städtern in nächster Nähe eine vorzügliche Walderholung geschaffen würde. Der Kaufpreis ist auf 650 000 Mark festgesetzt.

Roßleben, 12. März. (Ein dankbarer Schüler.) Der Lieder- und Konzertabend des Sängerpaares Kirchhoff hat einen glänzenden Verlauf genommen. Der liebenswürdige Künstler und dankbare Schüler des Klosters hat die gesamte Einnahme des Konzertes — 1100 Mark — dem Orgelhaufonds überwiesen.

Landsberg, 12. März. (Frühlingsgewitter.) Nachdem gestern mittag und in den ersten Nachmittagsstunden der schönste Sonnenschein geherrscht hatte, verfinsterte sich plötzlich gegen ½5 Uhr der Himmel. Dunkle Wolken zogen auf, und ein greller Blitz zuckte zur Erde nieder. Er schlug in das am Spitzberg an der Eisenbahnstrecke Landsberg—Hohenthurm gelegene Glockenhäuschen, ohne jedoch erheblichen Schaden anzurichten. Begleitet war das Gewitter von einem heftigen Graupelwetter und strömendem Regen.

Mansfeld, 12. März. (Ein bedauerlicher Unfall) ereignete sich gestern früh um 8 Uhr beim Bau der Wippertalbahn in der Nähe der Eckardthütte an der Stelle ungefähr, wo der Bahnhof stehen wird. Dort verunglückte auf noch nicht bekannt gewordene Weise der Oberschachtmeister Babitsch, der in Mansfeld wohnt. B. ist österreichischer Staatsangehöriger. Die Verletzungen des Bedauernswerten, besonders im Rücken und an einer Seite des Körpers, sind so schwer, daß auf ärztliche Anordnung die Ueberführung nach Halle erfolgen mußte.

Sangerhausen, 12. März. (185 Prozent Steuerzuschlag.) Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, für das Etatsjahr 1914/15 den Steuerzuschlag auf 185 Proz. festzusetzen. Der Magistrat hatte 190 Prozent beantragt.

Bad Kastenberg, 12. März. (Der Umbau des hiesigen Rathauses) schreitet rüstig vorwärts. Zur Ausschmückung des Gemeinderatssitzungszimmers spendete die Gewerkschaft den Betrag von 1000 Mark.

Kleinwerther, 12. März. (Pastorenwahl.) Pastor Kohlhase hierselbst ist von der Gemeinde Kirchscheidungen bei Lauscha zum Pastor gewählt worden und wird im Monat Juni dorthin ziehen. Es war eine große Anzahl Bewerbungen um die Stelle eingegangen; drei Bewerber haben Probepredigten gehalten.

Zerbst, 12. März. (Selbstmord eines Soldaten.) Einen Selbstmord unternahm der Musketier Mieth aus Köthen, der hier in Garnison liegenden 5. Kompagnie des Inf.-Regts. Nr. 93. Der Mann hatte sich in den letzten Tagen, als er auf Posten vor dem Schlosse stand, eines Wachvergehens schuldig gemacht. Aus Furcht vor Strafe schoß er sich eine Platzpatrone, von der er wahrscheinlich vorher den Holzpfropfen entfernt hatte, in den Mund. Die Wirkung des Schusses war furchtbar. M. war sofort tot. Der Verstorbene wurde als ein sehr gewissenhafter Soldat geschildert. In einem Briefe, den er hinterlassen hat, bat er seinen Unterstützer, seine Mutter von seinem Vergehen nicht in Kenntnis zu setzen.

Pößneck, 11. März. (Fabrikverkauf.) Die seit dem Jahre 1855 bestehende Flanellfabrik von C. G. Bernhardt (Inh. Friedrich und Bernhard Schneider) ist an die Flanellfabrik von Horn & Co. käuflich übergegangen. Beide Großbetriebe, die eng beisammen liegen, sollen verschmolzen werden.

Zella St. Bl., 11. März. (Deserteur.) Einen kuriosen Fall hatte in den letzten Tagen das hiesige Amtsgericht zu behandeln. In Oberhof wurde ein verdächtig erscheinender junger Mann beobachtet und gerade in dem Augenblick festgenommen, als er sich mit einem Revolver in die Schläfe schießen wollte. Dem Umstand, daß die Waffe versagte, verdankt der Betreffende sein Leben. Er verweigerte seinen Namen und Stand anzugeben, hatte keinerlei Papiere bei sich und gab an, diese verbrannt zu haben. Mehrere Tage hüllte er sich in tiefstes Schweigen, gestern endlich gestand er ein, daß er ein Deserteur des Infanterie-Regiments Nr. 59 aus Soldau in Ostpreußen sei. Er stammt aus Altona und war früher einmal in Zella in Arbeit. Diese Angaben stimmen. Unglückliche Liebe will ihn zu diesem Schritt gezwungen haben. Er wurde nach Meiningen gebracht, um von dort seinem Truppenteil zugeführt zu werden.

✕ **Sondershausen**, 12. März. (Ein wichtiger Knochenfund) ist vergangene Woche bei Ausschachtungsarbeiten im Wippertale in der Nähe von Hachelbich gemacht worden. Eine große Anzahl Knochen wurde gefunden, von denen mehrere infolge des hohen Alters zerfielen. Außer mächtigen Rippen wurden starke Zähne ausgegraben, die etwa fünf Zentimeter im Durchmesser hatten. Ueber dem Fundort lagerte eine dünne Schicht Moorerde und darauf eine vom Wasser angeschwemmte Sandschicht. Der unerwartete Fund ist von großer Bedeutung für die Kenntnis der Fauna unserer Gegend vor Jahrtausenden. Mit der weiteren Förderung sind Sachverständige vom hiesigen Museum betraut.

Eisenach, 12. März. (Das neue Wartburghotel) soll am 1. April d. J. in Betrieb genommen werden. Am 28. März findet anläßlich der Eröffnung des Hotels eine besondere Feier in Gegenwart des Großherzogs von Sachsen, des Großh. Staatsministeriums usw. statt.

Eisenach, 12. März. (Hochwasser.) Schon seit mehreren Tagen führte die Werra infolge des andauernden Regens und der Schneeschmelze Hochwasser. Das untere Werratal hat besonders unter dem Hochwasser zu leiden, Felder und Wiesen sind überschwemmt, und das ganze Tal gleicht einem See. Die junge Saat hat durch Verschlammung stark gelitten. Viele Landstraßen sind unpassierbar. Zwischen Neuenhof und Goeringen weist die durch das Werratal führende Staatsstraße mehrere Senkungen und tiefe Risse auf und mußte für jeden Fuhrwerksverkehr gesperrt werden. Heute ist das Wasser etwas zurückgegangen.

Theater und Musik.

Bühnenchronik.

Eine Backfischkomödie „Klein-Eva", der diesjährige Saisonerfolg des Kopenhagener Volkstheaters, ist soeben auch in deutscher Sprache erschienen und gelangt in diesen Tagen durch den Theaterverlag Oesterheld & Co., Berlin, zum Versand an die Bühnen. Das Stück ist bereits im Manuskript von mehreren größeren Bühnen erworben.

In Gemeinschaft mit Herrn Otto Fricke, dem früheren langjährigen Mitgliede des Schauspielhauses zu Frankfurt a. M., hat Frau Prof. Dr. Greef (Erika Riedberg) eine vierattige Komödie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140313014/fragment/page=0003

geschrieben, „Fallende Ketten" betitelt, welche bereits von namhaften Bühnen zur Aufführung angenommen wurde.

Hochschulkurse für dramatische Kunst sind, unter Unterstützung der „Vereinigung künstlerischer Bühnenvorstände" und der „Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger" für die Zeit vom 15. April bis 1. Mai 1914 in den Räumen der Universität Jena geplant. Sie bezwecken in erster Linie Erkenntnis und Lehre der Kunst und sind als methodische Anregung und Unterweisung gedacht für Herren und Damen, die im Bühnenberufe stehen oder sich diesem widmen wollen, sowie Schriftsteller, stehen aber auch allen anderen Interessenten offen. Der Lehrplan umfaßt folgende Fächer: Allgemeine Aesthetik und Kunstlehre, Aesthetik der dramatischen Kunst, die deutsche Bühnensprache, Shakespeare und das englische Drama, das französische Theater in seiner Eigenart und Geschichte, Deutsche Theatergeschichte, modernes Theater in England, die Kunst der Regie, Dekorations- und Maschinenwesen, Rollenstudium, Regie-Uebungen, dramaturgische Uebungen, Sprachtechnik, Ibsens Dramen, Wagners Parsifal, kunstgeschichtliche Stilkunde, historisches Fechten, französische und englische Aussprache. Als Dozenten wirken neben Professoren der Universität namhafte auswärtige Fachleute. Leiter der Kurse: Universitäts-Professor Dinger, früher Dramaturg am Hoftheater in Meiningen. Da das Unternehmen nicht aus Erwerbsrücksichten, sondern lediglich im Dienst der Sache geschieht, ist der Preis der Teilnehmerkarte möglichst niedrig bemessen. Prospekt und ausführlicher Lehrplan ist von der Geschäftsstelle Jena, Am Landgrafen 3, auf Verlangen umsonst zu beziehen.

Beim III. großen Leipziger Bachfest (4. bis 6. Juni) werden in dem ersten Chorkonzert vier selten aufgeführte Kantaten des großen Thomaskantors aufgeführt werden. Den Chorteil übernimmt der Veranstalter des Festes, der Bach-Verein zu Leipzig.

Gerichtsverhandlungen.

Verpfuschte Zukunft.

Thorn, 10. März. Durch seine sinnlose Zecherei hat sich der Vizefeldwebel Hermann Engel vom Infanterie-Regiment Nr. 21 seine Zukunft vernichtet. In der Nacht zum 12. Januar ging er mit einem Zivilisten durch die Straßen der Stadt Thorn und rempelte mehrere Zivilpersonen an, indem er ihnen zurief: „Einem preußischen Feldwebel geht man aus dem Wege!" Einen heftigen Zusammenstoß hatte Engel mit einem Sergeanten, weil dieser angeblich die Ehrenbezeugung unterlassen hatte. Als der Sergeant dem betrunkenen Feldwebel auf schwere Beleidigungen einige Worte erwiderte, erhielt er einen Faustschlag ins Gesicht, daß er aus Nase und Mund blutete, und wurde außerdem von dem Feldwebel mit dem Degen bearbeitet. Vorübergehende Zivilpersonen mischten sich in diesen Streit, und das brachte Engel derart in Wut, daß er blindlings mit dem Degen in die Passanten einhieb und eine Dame nicht unerheblich traf. Indessen hatte irgend jemand eine Patrouille von der Wache herbeigeholt und Engel sollte zur Feststellung seiner Persönlichkeit mit zur Wache kommen. Er ergriff die Flucht und setzte, als man ihn erreicht hatte, seiner Verhaftung energischen Widerstand entgegen. — Vom Kriegsgericht war Engel wegen dieser Ausschreitungen zu 6 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt worden. Nur der Umstand, daß er bereits 10 Jahre diente, hatte das Kriegsgericht dazu veranlaßt, auf die Degradation zu verzichten. Mit seiner Berufung an das Obertriegsgericht des 17. Armeekorps erzielte Engel das Gegenteil von dem, was er herbeiführen wollte. Das Oberkriegsgericht erhöhte die Strafe auf sieben Monate Gefängnis, sah aber gleichfalls von einer Degradation ab.

Ein gefährlicher Schlafbursche.

Dortmund, 10. März. Der 24jährige Schlosser Bernhard Rüschoff aus Hamm wohnte im Herbst v. J. bei dem Gastwirt Suppe. Rüschoff hatte, wenn auch keinen reichlichen, so doch auskömmlichen Verdienst und hat bis zum 5. Oktober stets pünktlich die Kosten für Logis und Essen an seinen Wirt abgeführt. Der Verdienst genügte aber dem anspruchsvollen jungen Manne nicht und er gab seine Stellung auf, ohne sich um eine andere zu bemühen. Da er in seiner freien Zeit viel mehr Geld ausgab als früher, wo er arbeitete, so war nach wenigen Tagen bei dem Wirt eine Schuld von 47 Mark aufgelaufen. Der Wirt Suppe kündigte Rüschoff nicht nur das Logis, sondern nahm auch einen Anzug des Schlossers an sich und wollte ihm schließlich in seinem Lokal nichts mehr verabreichen. Am Abend des 27. Oktober betrat Rüschoff mit fünf anderen Personen das Lokal Suppes, die Leute verlangten sechs Glas Bier, der Wirt aber wollte nur fünf verabreichen, weil Rüschoff bei ihm nichts mehr erhielt. Als ein anderer Gast Rüschoff sein Glas hinschob, suchte der Wirt dies zu verhindern. In diesem Augenblick zog Rüschoff einen Revolver hervor und jagte Suppe zwei Kugeln in die Bauchhöhle. Eine an dem Schwerverletzten sofort vorgenommene Operation hatte keinen Erfolg, der Gastwirt starb 32 Stunden später an einer Bauchfellentzündung. Rüschoff gelang es zunächst zu entkommen, er stellte sich aber freiwillig der Staatsanwaltschaft, als ein Steckbrief gegen ihn erlassen wurde. — Ein als Sachverständiger vernommener Arzt stellte fest, daß der Angeklagte, der wegen geistiger Minderwertigkeit vom Militär entlassen war, bei Begehung der Tat im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte war. Die Geschworenen versagten dem Angeklagten mildernde Umstände und das Gericht verurteilte ihn zu der exemplarischen Strafe von 13 Jahren nebst 10jährigem Ehrverlust.

Vermischtes.

Die Witwe des Filmerfinders gegen die Kodak-Kompagnie. Eine interessante Entscheidung über die Urheberschaft an der wichtigen Erfindung des Films ist von dem Berufungsgericht der Vereinigten Staaten gefällt worden. Die Witwe des vor 14 Jahren verstorbenen Erfinders Goodwin klagt darauf, daß ihr Gatte als der Erfinder des photographischen Films, jenes lichtempfindlichen Zelluloidbandes, anerkannt werde. Im Jahre 1887 hatte Goodwin auf diese seine Erfindung ein Patent nachgesucht und es auch nach 11jährigen Bemühungen endlich erhalten. Er sollte jedoch die Früchte seines Schaffens nicht mehr selbst genießen, gerade als er im Begriff war, mit der praktischen Verwertung seiner neuen Idee zu beginnen, starb er. Der Witwe des Erfinders ist es nun gelungen, reiche Leute für ihre Sache zu interessieren; diese haben einen Prozeß wegen Patentverletzung gegen die Internationale Kodak-Kompagnie angestrengt, der zugunsten der Witwe Goodwins entschieden wurde. Die Kodak-Kompagnie, bekanntlich ein Trust, der in den Vereinigten Staaten über 40 Fabriken besitzt und seinen Hauptsitz in Rochester im Staate New York hat, erklärt allerdings, daß ihre Films nach einem ganz anderen Verfahren hergestellt werden, und will ihr Recht bis vor das oberste Gericht der Vereinigten Staaten verfolgen, falls sie von dem Berufungsrichter verurteilt wird. Falls die Gesellschaft den Prozeß verliert, hat sie an die Witwe des Erfinders Goodwin für alle von ihr im Laufe der Jahre hergestellte photographische und Kinofilms eine Entschädigung zu zahlen, die sich mindestens auf 18 Millionen belaufen dürfte, vielleicht aber sogar die Summe von 100 Millionen erreicht.

Der Tanz des Königs mit der Balletttdame. Von den gekrönten Häuptern wird im allgemeinen erwartet, daß sie sich vor ihrer Thronbesteigung ausgetanzt haben. König Christian X. von Dänemark scheint aber anderer Meinung zu sein. Denn wie ein Mitarbeiter des „Temps", der in Kopenhagen einem Tanzfeste des vornehmen dortigen Jachtklubs beiwohnte, seinem Blatte mitteilt, hat er dort gesehen, wie der dänische König in gut bürgerlicher Weise fleißig das Tanzbein geschwungen hat. Er tanzte nicht nur mit den Damen seiner Klubmitglieder, sondern er riskierte sogar einen Walzer mit der Prima-Ballerina des Königlichen Theaters und soll dabei sich seiner leichtbeschwingten Partnerin durchaus würdig gezeigt haben. Der Franzose fügt noch hinzu, daß der Tanz des Königs mit der Balletttdame durchaus kein Aufsehen erregt habe. Das ist auch gar nicht weiter verwunderlich, da die Damen des Theaters im gesellschaftlichen Leben Kopenhagens eine gleichberechtigte Stellung mit den Damen der höchsten Gesellschaftskreise einnehmen. Das gilt nicht zuletzt auch für die Damen des Balletttorps, die sich noch dazu des Rufes erfreuen, die untadeligsten Hausfrauen und besten Mütter zu sein.

Betrügerische Buchmacher. Große Wettverluste haben mehrere Hamburger erlitten, die bei Buchmachern ihr Geld anlegten. Als diese vor einigen Tagen aus französischen Rennen über 200 000 Mark Gewinne auszahlen sollten, entzogen sie sich ihren Verpflichtungen durch die Flucht. Die Buchmacher hatten ihr Geschäft über die ganze Stadt organisiert. Einer von ihnen unterhielt nicht weniger als vierzig Agenten. Von den Flüchtigen fehlt bis jetzt jede Spur.

Der Ordensschwindler Branco unter Gattenmordverdacht. Gegen den nach Verübung zahlreicher Ordensschwindeleien in Paris verhafteten Hans Branco aus Berlin ist jetzt der Verdacht aufgetaucht, daß er den Tod seiner Frau, einer Tochter des bekannten Hoftischlermeisters Groschkus aus der Landsbergerstraße Nr. 25/26 in Berlin gewaltsam herbeigeführt habe. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat deshalb an die Pariser das Ersuchen gerichtet, Branco nach hier auszuliefern.

Weltbriefporto zwischen England, Frankreich und Amerika. Dem „Daily Graphic" zufolge hat Sir John Henniker-Heaton, der hervorragende englische Postfachmann, der englischen Regierung vorgeschlagen, die 25-cts.-Marken für die Vereinigten Staaten durch die 10-cts.-Marke zu ersetzen. Der Verlust, der dadurch dem englischen Staat erwächst, soll durch die amerikanischen Multimillionäre Carnegie und Wanamaker ersetzt werden. Auch die Taxe für den Briefverkehr zwischen Frankreich und England soll auf 10 Centimes herabgesetzt werden. Frankreich und England sollen in den nächsten Tagen in Verhandlung treten, um den neuartigen Vorschlag zu besprechen.

Letzte Depeschen.

Anfrage wegen einer Gerichtsentscheidung über den Generalpardon im Reichstag.

Berlin, 12. März.

Die Abgeordneten Bassermann und Schiffer (Magdeburg) haben im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: Durch Urteil vom 5. März d. J. hat sich das Kgl. Kammergericht dahin erklärt, daß der Generalpardon vom § 68 des Gesetzes über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag vom 3. Juli 1913 auch in denjenigen Steuersachen Anwendung findet, in denen bei Abgabe der Wehrbeitragserklärung ein Strafverfahren bereits eingeleitet war. Durch eine höchstgerichtliche Entscheidung ist also der gegenteiligen Vorschrift des § 15, Absatz 2 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 6. November 1913 die Rechtsgültigkeit abgesprochen worden. Welche Stellung nimmt der Reichskanzler zu dieser Entscheidung?

Der Kaiser an das Kommando „S. M. S. Bremen".

Berlin, 12. März.

Der Kaiser hat an das Kommando S. M. S. „Bremen" folgende Allerhöchste Order gerichtet: Nach fast zehnjähriger Auslandszeit ist mein kleiner Kreuzer „Bremen" in die Heimat zurückgekehrt. Ich entbiete hierzu der Besatzung meinen kaiserlichen Gruß. Mit Genugtuung habe ich während des ganzen Jahrzehnts verfolgt, wie das Schiff überall, wohin immer Aufgaben es führten, mit Ehren und Erfolg seine Flagge gezeigt hat. Mehr als anderen Schiffen meiner Marine war es ihm vergönnt, zu Wasser und zu Lande in Notlagen helfend einzugreifen, die Anhänglichkeit an das alte Vaterland bei den Auslandsdeutschen zu wahren und zu erwecken, das deutsche Ansehen, wo es bedroht war, kräftig zu schützen und zu fördern und mit bewaffneter Hand für Leben und Gut bedrängter Deutscher einzustehen. Es ist mir ein Bedürfnis, das noch einmal zum Ausdruck zu bringen und den Besatzungen des Schiffes, die sich in treuer Pflichterfüllung bewährt haben, meinen kaiserlichen Dank und meine Anerkennung auszusprechen. Berlin, 11. März 1914. gez. Wilhelm I. R.

Prinz Heinrich auf der Reise.

Bologne sur mer, 12. März.

Der Dampfer „Kap Trafalgar" mit dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich von Preußen an Bord ist hier angekommen. An Bord alles wohl.

Der Polizeietat in der Elsässischen Kammer.

Straßburg, 12. März.

In dritter Lesung wurde heute von der Zweiten Kammer die von der Regierung verlangte Vermehrung der Schutzmannschaften in den großen Städten mit großer Mehrheit angenommen, nachdem der Staatssekretär nochmals nachdrücklich für die Forderung eingetreten war und erklärt hatte, andernfalls die Verantwortung für die Sicherheit in den Großstädten ablehnen zu müssen. Der Antrag der sozialdemokratischen Partei, die Mittel für Vermehrung der Schutzmannschaft zu streichen, wurde abgelehnt. Von dem Etat betreffend die Gendarmerie wurde die Forderung der Regierung zum größten Teil wieder hergestellt, insbesondere die Forderung eines Gerichtsoffiziers. Die Pferdeunterhaltungskosten der Gendarmerieoffiziere und Beamten, die in der zweiten Lesung als künftig wegfallend bezeichnet worden waren, sollen künftig zusammen mit den Reiseabfindungskosten der Offiziere im nächsten Jahre in einer Summe als Dienstaufwandsentschädigung auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Gehälter der Gendarmerieoffiziere wurden überhaupt nicht gestrichen, wie von anderer Seite unrichtigerweise gemeldet worden war.

Die Braunschweigische Regierung und das Landtagswahlrecht.

Braunschweig, 12. März.

In der heutigen Sitzung der Landesversammlung gab Staatsminister Wolff zu der Frage der Abänderung des Landtagswahlrechts eine Erklärung ab, in der es heißt: Es ist selbstverständlich, daß die herzogliche Landesregierung auch in der jetzigen Zusammensetzung dieser wichtigen Materie besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt zuwendet. Die Regierung kann aber zurzeit mit Vorlagen an die Landesversammlung nicht herantreten, und zwar einmal, weil wegen der wesentlichen Aenderung der Faktoren die Regierung in eine ganz besonders sorgfältige Prüfung der Sachlage und Rechtslage eintreten muß. Nichts wäre schädlicher als Uebereilung. Dann aber war die Regierung auch nicht in der Lage, weil die statistischen Erhebungen zur Erlangung der von der Landesversammlung gewünschten Unterlagen noch nicht abgeschlossen sind. Unter diesen Umständen müssen wir uns gedulden, bis die statistischen Erhebungen vorliegen. Ich kann aber nicht in Aussicht stellen, daß dies nach dieser Tagung möglich ist.

König Wilhelm an die Albanesen!

Durazzo, 12. März.

Der König von Albanien hat heute folgende Proklamation erlassen:

Albanesen! Heute tritt das freie und unabhängige Albanien in einen neuen Abschnitt seiner Geschichte ein. Das Geschick des Vaterlandes ist von nun an den Händen seines Königs, der Weisheit der Regierung und der Tüchtigkeit der Vaterlandsfreunde anvertraut. Der Weg, der vor Uns liegt, ist lang und voll Hindernisse; aber kein Hindernis ist unüberwindlich für ein Volk mit ruhmreichen Ueberlieferungen und altehrwürdiger Geschichte, für ein Volk, das, wie Ihr, den festen Willen hat, zu arbeiten und fortzuschreiten. Unsere Pflicht und diejenige Unserer Nachfolger wird immer sein, auf das Wohlergehen der Nation mit allen Unseren Kräften Bedacht zu sein. Von diesen Gefühlen beseelt, haben Wir aus Euren Händen die albanische Krone angenommen. Albanesen! In dem Augenblick, wo Wir den Thron besteigen, erwarten Wir, daß Ihr Euch alle um Euren König schart und mit Uns an der Erfüllung Unserer nationalen Bestrebungen arbeitet. Wilhelm.

Die Operation des Oberstleutnants von Winterfeldt.

Paris, 12. März.

Wie aus Grisolle gemeldet wird, ist die Operation des Oberstleutnant von Winterfeldt mit gutem Erfolg ausgeführt worden. Es handelt sich um einen sehr ernsten Eingriff in die Nierengegend.

Zu dem Flugunglück in Luneville.

Straßburg, 12. März.

Zu dem aus Luneville gemeldeten Flugunglück erfährt das W. T. B. von amtlicher Seite, daß weder von der Fliegerstation Metz, noch von Straßburg ein Flugzeug abgängig ist.

Ein französischer Flieger über Elsaß?

Altmünsterol (Oberelsaß), 12. März.

Von Belfort kommend, überflog gestern nachmittag ein Eindecker in beträchtlicher Höhe Altmünsterol und verschwand bald darauf wieder in der Richtung Belfort.

Herzliche Begrüßung der deutschen Kriegsschiffe durch die südamerikanische Presse.

Montevideo, 12. März.

Die Presse von Uruguay hat den deutschen Kriegsschiffen ebenso herzliche Begrüßungsartikel gewidmet wie die argentinische.

Studentenstreik in Wien.

Wien, 12. März.

Die Studentenschaft der Tierärztlichen Hochschule beschloß, ab heute in den Streik zu treten.

Der Schrecken der Suffragettes.

London, 12. März.

Anhängerinnen des Frauenstimmrechts haben in der gestrigen Nacht ein Haus in Stewarton (Grafschaft Ayr) in Brand gesteckt, um gegen die Verhaftung der Frau Pankhurst zu protestieren.

Folgenschwerer Bruch eines Wasserrohrs in Köln. Wie aus Köln, 12. März, gemeldet wird, brach Donnerstag nachmittag in einer der Hauptverkehrsstraßen „Unter den fetten Hennen" ein Hauptwasserrohr von 600 Millimeter Stärke. Im Augenblick stand die ganze Gegend unter Wasser. Sämtliche Keller wurden unterspült. Das Pflaster und der Asphalt wurden auf einer Strecke von hundert Metern gehoben, ebenso die Schienen der Elektrischen.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Ilmenau, Donnerstag, 12. März, 8 Uhr morg.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa

Das nordöstliche Tief ist nach Rußland abgezogen und das Hoch hat sich ostwärts ausgebreitet. Vom Ozean ist ein neues kräftiges Tief nach dem Nordwesten vorgedrungen, das wieder einen Einfluß auf die Witterung erlangen wird.

Witterungsaussicht für den 13. März:

Teils bewölkt, etwas milder, geringer Niederschlag, mäßiger westlicher Wind.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck, für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger, für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth, Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle. — Zuschriften an die Redaktion, Berichte, Einsendungen usw. sind stets an die Redaktion der „Saale-Zeitung", nicht an die Adresse einzelner Redakteure zu richten.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140313014/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Diskonto 197,25, Deutsche Bank 258,75, Türkenlose 167,50, Lombarden 22,37, Kanada 210, Laurahütte 158, Bochumer Guss 223,75, Gelsenkirchen 193,25, Harpener 184,75, Deutsch-Luxemburg 136, Phönix 240, A. E.-G. 246,37, Hamburger Paketfahrt 141,75, Nordd. Lloyd 124,75, Hansa 291. Tendenz: Fester.

Am Kassamarkte notierten höher: Busch Waggon 4,50, Dresdner Gasmotoren 2,50, Düsseldorfer Maschinen 4,90, Freund Maschinen 6,25, Gritzner Maschinen 2,80, Kappel Maschinen 2,25, Kammerichsche Werke 4, Delmenhorst Linoleum 2,25, Karl Lindström 2, Rottweil Pulver 2, Stettiner Chamotte 6,50, Girmes & Co. 3, Ver. Glanzstoff-Fabrik 5,50, Vorwärts Spinnerei 3, Anilinfabrik Treptow 6, Badische Anilin 8, Elberfelder Farben 2, Höchster Farben 7,75, Gebr. Böhler 2, Kölner Bergwerk 2,25, Rheinische Braunkohlen 2,10, Roddergrube 3, Niederlausitzer Kohlen 2, Bernburger Maschinen 2,75, Gladbacher Wolle 2,50, Berlin-Anhalter Maschinen 3, Baer & Stein 2; niedriger: Julius Berger 3,10, Deutsche Erdöl-Ges. 2,75, Deutsche Schachtbau-Ges. 3,75, Berliner Unionsbrauerei 2,50, Dortmunder Viktoriabrauerei 6, Berliner Spediteurverein 4,50, Augsburg-Nürnberg 3, Linke-Hofmann 2,75, Luckau & Steffen 2,50, Nienburger Eisen 2,50, Vogtländ. Masch. 2, Rhein. Spiegelglas 2, Schalker Glas 3,50, Steaua Romana 2,50, Ver. Lausitzer Glas 2, Zimmermann Piano 2,25, Feinjutespinnerei 4, Schering 3, Hoesch 5,80, Kalker Werkzeug 2, Königsberger Lagerhaus 2,90, Baroper 2,50, Luxemburger Bergwerk 2,75, Oberschles. Eisenb.-Bed. 3, Oberschles. Eisen-Industrie 2,25, Kaliwerk Aschersleben 3,25.

*

Zum Kurszettel. Berlin, 12 März. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 96,30bG. 4% Bayrische Staats-Anl. 96,60 G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 — —. 4% Schwarzburg-Sondershausen — —. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 84.00 G. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 91.10G. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 96.75G. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 16 94.75G. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 95,50B 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — —. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1918 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1900, 06, 09 94.70 G. 4proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 96,90 G. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke — —. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 101.7.bB. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 98,10bG. Vereinigte Lausitzer Glashütten 385.25bG.

Londoner Börse vom 12. März. Es notierten: Engl. Konsols 75.12 Rio Tinto 69.50, Geduld 1.31, Goldfields 2³/₁₆, Steel com 66,00 Steel prefs. .—, Rand Mines 5,65, Anaconda 7.37, Eastrand 1,54, Chartered 0,93, Aurora West 0,43, Cinderella Cons. 0,23, Johannesburg Goldfields 0,12, Van Ryn 3.43, Albus (Generals) 0.53, Rand Collieries 0,18, West Rand Consols 8/0, General Mining & Fin ⁵/₁₆, A. Görz & Co. ⁷/₁₆, Moddertontain 12.00

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 12. März.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Alexandershall	10800	11000	Johannashall	3650	3800
Bergmannssegen	6650	6850	Justus-Aktien	93½	95%
Burbach	12200	12500	Kaiseroda	7300	7600
Buttlar	650	750	Krügershall	118%	120%
Carlsfund	5500	5600	Mariaglück	1550	1650
Carlsglück	1275	1400	Max	4350	4450
Fallersleben	1500	1600	Neusollstedt	3250	3400
Felsenfest	3300	3400	Neustassfurt	11700	12000
Glückauf	19100	19600	Reichenhall	1775	1850
Günthershall	5025	5175	Ransbach	2550	2700
Hansa-Silberberg	5550	5700	Ronnenberg	93%	95%
Hedwig	1775	1850	Rothenberg	2550	2675
Heiligemühle	900	950	Salzdetfurth	350%	356%
Heiligenroda	11150	11350	Salzmünde	5925	6050
Heldburg	40%	41%	Teutonia	63%	65%
Heldrungen	1200	1275	Thüringen	3575	3650
Herta-Neurungen	2350	2500	Walter	1600	1700
Hohenfels	5200	5400	Wendland	900	975
Hohenzollern	6800	7000	Wilhelmshall	9600	9850
Hugo	8750	9000	Wintershall	19100	19500
Hüpstedt	2750	2900			

Hallische Pfännerschaft Akt.-Ges.

Im Hotel zur „Stadt Hamburg" hier fand am Donnerstag die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Hallischen Pfännerschaft Akt.-Ges. statt. In der Versammlung waren 43 Aktionäre mit 3 841 000 Mk. Aktienkapital und 3841 Stimmen vertreten. Der Vorsitzende, Herr Geh. Kommerzienrat Dr. Heinrich Lehmann, begrüsste die Erschienenen. Die vorgelegte Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1913 wird einstimmig genehmigt und ebenso gemäss den Anträgen des Aufsichtsrates und Vorstandes die Ausschüttung einer Dividende von 8 Proz. auf das gegen das Vorjahr um 1 Million Mark erhöhte dividendenberechtigte Aktienkapital beschlossen.

Herr Generaldirektor Zell macht zu den Erträgen der einzelnen Werke erläuternde Ausführungen und verbreitet sich dann weiter ausführlich über die in dem bisherigen Betriebe des Pfännerhallwerkes gemachten Erfahrungen, die sowohl in der Briketterzeugung wie auch im Absatz der hergestellten Briketts Marke „Hallore" nach jeder Richtung hin die günstigsten sind. Da nach den bereits im Betriebe erzielten Ergebnissen die Herstellungskosten, namentlich bei gesteigerter Produktion, sehr geringe sein werden, findet die seitens der Verwaltung beabsichtigte baldige Vergrösserung der Leistungsfähigkeit des neuen Werkes durch den Ausbau auf 12 Pressen allseitige Zustimmung.

Leipzig, 12. März. Der Aufsichtsrat der Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig beschloss heute, die Dividende für das Geschäftsjahr 1913 auf 16 Proz. (wie in den Vorjahren) festzusetzen. Als Tag der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung wurde der 30. März 1914 nachmittags 4 Uhr bestimmt.

Erneuerung des Schienenlieferungsvertrages für die deutschen Eisenbahnen. In einer Konferenz zwischen der Direktion des Stahlwerksverbandes und den Vertretern des Eisenbahnministers am Donnerstag soll das Abkommen auf Lieferung von Schienen usw. für das Etatsjahr 1914/15 erneuert werden. Der bisherige Abschlusspreis betrug 118 Mk. per Tonne Grundpreis; infolge des Rückganges der Konjunktur wird dem neuen Vertrage ein etwas niedrigerer Grundpreis zugrunde gelegt werden, dagegen werden die Mengen eine Erhöhung erfahren.

Aus der Kali-Industrie. In der Gesellschafterversammlung des Kalisyndikats am Donnerstag wurde der neue Gesellschaftervertrag in dritter Lesung in den meisten Punkten erledigt. Einige Abstimmungen blieben für die Nachmittagssitzung vorbehalten, so insbesondere die Regelung der Nachschusspflicht für den vorgesehenen Stillegungsfonds. Der Verkaufsvertrag wird fortberaten, doch erfährt dieser gerade wegen der technischen Momente eine erheblichere Prüfung. Es ist anzunehmen, dass die Beratungen auch den heutigen Tag in Anspruch nehmen werden. — Wie man hört, ist damit zu rechnen, dass die Kalinovelle erst Anfang April an den Reichstag gelangt. Da voraussichtlich der Reichstag erst Mitte Mai seine Session beschliesst, so dürfte die Beratung der Kalinovelle dem Reichstag der nächsten Session vorbehalten bleiben.

Die deutschen Eisenexportpreise haben gegen die Vorwoche zum Teil abermals eine Abschwächung erfahren. Danach gingen die Preise für Platinen von 82 auf 81, für Stahlstangen von 90—91 auf 89, für Nietenstangen von 92—93 auf 91 und für verzinkten Stacheldraht von 180 auf 177 sh fob Antwerpen zurück.

42. Mitteldeutsche Zentralauktion. Der Schutzverband der Häuteverwertungen Mitteldeutschlands lässt am 17. und 18. März 30 494 Stück Häute in 646 Losen und 62 671 Stück Felle in 354 Losen in Leipzig zur Versteigerung gelangen. Am ersten Tage kommen 2641 rot Ochsenhäute, 1150 schwarze Ochsenhäute, 19 Jütländer Ochsenhäute, 15 289 Kuhhäute, 437 Fresserhäute, 2897 Kalbenhäute und 8061 Bullenhäute zum Angebot; am zweiten Tage stehen 41 288 Kalbfelle, 21 145 Schaffelle und 238 Lammfelle zum Verkauf.

„Westfalia" Akt.-Ges. für Fabrikation von Portlandzement und Wasserkalk in Beckum i. W. Der Aufsichtsrat beschloss, der zum 11. Mai einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung von wiederum 5 Proz. Dividende vorzuschlagen. Die Abschreibungen sind mit 50 438 (42 045) Mk. und Extraabschreibungen von 100 000 Mk. auf Immobilienkonto unter Auflösung des Spezialreservefonds vorgesehen. Auf neue Rechnung sollen 12 139 (9124) Mk. vorgetragen werden.

Braunschweigische Strassenbahn. Der Aufsichtsrat schlägt wieder 7 Proz. Dividende vor.

Dividendenerhöhung bei der Düsseldorfer Röhrenindustrie. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft, die in Interessengemeinschaft mit der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft steht, beantragt, entsprechend dem Abkommen zwischen beiden Gesellschaften, 7,7 (7) Proz. Dividende.

Der Verband der Aussteller der Leipziger Engrossmesse hielt unlängst vor gefülltem Saale seine erste Jahresversammlung anlässlich der Ostermesse ab. Der Syndikus des mittlerweile auf 540 Mitglieder angewachsenen Verbandes verbreitete sich in seinem Jahresbericht über die verschiedenen Verhandlungen und Eingaben, die im Laufe des Jahres gemacht worden waren. Nach einem vom Rechtsbeistande des Verbandes gegebenen Referate über die Vereinheitlichung der Mietpreise und Mietverträge trat man dem Hauptgegenstande des Abends, der Errichtung eines Verbandsmesspalastes näher. Bei der Höhe der zunächst unverbindlich gezeichneten Beiträge entschied man sich mit grosser Mehrheit, nachdem Herr Architekt Liebig über seine vorbereitende Tätigkeit, sowie verschiedene Redner über die Notwendigkeit eines eigenen Messpalastes sich ausgesprochen hatten, für den Bau. Es wurde eine zehngliedrige Kommission mit dem Rechte, sich durch Zuwahl zu ergänzen, eingesetzt, welche möglichst umgehend die nötigen Schritte und weiteren Vorarbeiten unternehmen soll. Von mehreren Rednern wurde der niedrige Mitgliederbeitrag von 5 Mk. bemängelt, weshalb man, namentlich angesichts der zu erwartenden Mehrkosten infolge des Bauprojektes, Erhebung eines freiwilligen Beitrages beschloss.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 12 März. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 189,00—193,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen loco 153.00 — — ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer pomm., preussischer, posenscher und schlesischer fein 167—182, mittel 152—166, gering — — russisch. und Donau mittel — —, gering — — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mix. — — — —, abfall. mix. — — — —, runder 147 153 frei Wagen. Gerste, inländ Futtergerste, mittel und gering 142—147, gute 148.00—156 00, russische und Donau leichte 133—135, schwere 136.00—146.00 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 175—182, Taubenerbsen 183—202 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 22.00 27.25. Roggenmehl 0 und 1 18.70—21.20. Weizenkleie 11.00—11.50. Roggenkleie 9.90—10.40. Lupinen, blaue — —, gelbe — — —. Wicken — — —. Seradella 11 — M.

Magdeburg, 12. März. (Amtl. Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen, engl und Sommer ruhig, gut 188—190. Roggen, inländischer flau, gut 151—153 Gerste, hiesige Chevaliorschwach, gut 167—170, feinste über Notiz, Land- gut 162—165, ausländische Futtergerste stetig, gut 130—132. Hafer, inland ruhig, gut 163—165. Mais, runder ruhig gut 145—147.

Hamburg, 12. März. (Getreidemarkt). Weizen stetig ostholsteiner und mecklenburger 188—195,00. Roggen ruhig mecklenbrg. u. altmärk. neuer 154—158.00, russ. cit. 9 Pud 10/15 März-April 116.50. Gerste stetig, südruss.cif.März 111.00. Hafer ruhig, neuer holsteiner und mecklenburger 155—162. Mais, stetig, amerikanisch. mixed cif. per März-April —, La Plata cif. neue Ernte April-Mai 104.00.

Budapest, 12. März. Weizen, Tendenz stetig, per April 12.53 Mai 12.48, Oktbr. 11.34 Roggen, Tendenz stetig, per April 9,50, Oktbr. 8.71. Hafer, Tendenz stetig, per April 7,70, Oktober 7,74. Mais, Tendenz stetig, per Mai 6 80, Juli 6.91. Raps, Tendenz ruhig, August 15.80.

Liverpool, 12. März. Stetig Roter Winterweizen per Mai 7—2⁷/₈, per Juli 7—2⁵/₈. Mais ruhig, La Plata, alte Ernte, März — — —, bunter amerik., neue Ernte, Juli 4—7.

Antwerpen, 12. Febr. Deutscher La Platazug, Kontrakt per März 6.55, April 6.50, Mai 6.47½, Juni 6,45, Juli 6.42½. Umsatz 195 000 kg. Tendenz: stetig.

Zucker.

Magdeburg, 12. März. Abend-Kurse. März 9,10, April 9.12½, Mai 9.22½, August 9,45, Oktbr.-Dezbr. 9,47½. Januar-März 9.62½. Tendenz ruhig.

Hamburg, 12. März. Rübenrohzucker, 1. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends	
per März	9.12½	9.12½	9.10	M.
„ April	9.15	9.15	9.15	„
„ Mai	9.25	9.22½	9.22½	„
„ August	9.47½	9.45	9.45	„
„ Okt.-Dez.	9.50	9.50	9.50	„
„ Jan.-März	—.—	—.—	—.—	„
	ruhig	ruhig	ruhig	

Kaffee.

Hamburg, 12. März. Godo average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per März	45.00 G.	45.25 G.	45.25 G.
„ Mai	45.50 G.	45.75 G.	45.75 G.
„ September	46.75 G.	47.00 G.	47.00 G.
„ Dezember	47.50 G.	47.75 G.	47.75 G.
	stetig	behpt.	behpt.

Rio de Janeiro, 12. März. Kaffee-Zufuhren 6000 Sack in Rio, 12000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 12. März. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18.25—18.75. Still.

Eier.

Berlin, 12. März. Eier pro Schock: Vollfr. ausländ. Sorten — — —, südruss. erste Sorten — — — M., in- und ausländ. bessere Sorten 3.75—4.20, in- und ausländische geringere Sorten 3.65—3 70, Kalkeier — — —, kleine Eier 3.30—3 40, Kühlhauseier — —. Tendenz: ruhig.

Fettwaren und Oele.

Originalbericht von Gebr. Gause.

Berlin, 11. März.

Butter: Die Nachfrage für feinste Butter sowie auch für mittlere Qualitäten bleibt gut und konnten sich die Preise behaupten. Auch für russische Butter besteht bei erhöhten Forderungen reges Interesse. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qualität 126—128 Mk., do. IIa Qualität 123—126 Mk. — Schmalz: Die Schweinemärkte in Amerika behielten ihre feste Tendenz bei kleineren Zufuhren, dagegen fanden in Schmalz spekulative Abgaben nicht statt, welche die Preise etwas ermässigten. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 60,25—61,25 Mk., amerikan. Tafelschmalz Borussia 63 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 62,50 bis 68 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 63—68 Mk. — Speck: Nachfrage schwach.

Köln, 12. März. Rüböl per loko 71.00, per Mai 70.00.

Hamburg, 12. März. Stadtschmalz 62,50, amerikan. Steam 55,00, Chamberlain 53,00. Tendenz fest.

Spiritus.

Nordhausen, 12. März. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81.75—82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 92.50—93.75 M. per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

Chemische Produkte.

Hamburg, 12. März. Chilisalpeter per loko 10.50, Febr.-März 10.30, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: fest.

Wolle.

Bremen, 12. März. Baumwolle Upl. loko middl. 63.75.

Liverpool, 12. März. Aegypt. Baumwolle per Mai 8.70.

Liverpool, 12. März. Baumwolle, Umsatz 8000 Ballen, Import 4000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 4000 Ballen.

Alexandria, 12. März. Aegyptische Baumwolle per Mai 16.26, Juli 17.00, Novbr. 17.09.

Metalle.

London, 12. März. Chili-Kupfer, ruhig, 65³/₈, 3 Mon. 63⁷/₈, Zinn, Straits, stetig 172³/₄, 3 Mon. 174³/₄, Blei span., stetig 20¹/₈, engl. 20³/₈, Zink, gew. Marke, ruhig 21⁹/₁₆, spez. Marke 22¹/₄.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	12. 3.	11. 3.		12. 3.	11. 3.
Weizen p. Mai	101¹/₄	101³/₄	Roggen loko	61	61½
„ „ Juli	97	97³/₈	Schmalz p. Mai	10.77	10.80
Mais loko	69⁷/₈	70	„ „ Juli	10.97	10.97
Mehl Spring cl.	3.95	3.95	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	11.25	11.25
Weizen p. Mai	93¹/₈	93³/₈	do. in Stard. Withe	8.75	8.75
„ „ Juli	88¹/₈	88³/₈	do. in Cred. Balanc.	200	200
Mais p. Mai	66⁷/₈	67¹/₈	Kaffee loko	8⁵/₈	8³/₄
„ „ Juli	66¹/₂	66⁷/₈	„ p. März	8.35	8.34
Hafer p. Mai	39³/₈	39⁵/₈	„ p. Mai	8.47	8.45
„ „ Juli	39¹/₈	39³/₈			

Tendenz: Weizen willig, Mais willig.

Schiffsnachrichten

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze. Bernburgerstr. 32.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 14. März Pennsylvania. 21. März President Lincoln. 24. März Moltke. 26. März Kaiserin Auguste Viktoria. 2. April Imperator. 4. April Graf Waldersee. 9. April Amerika. — Nach Boston (Mass.): 20. März Arcadia. 8. April Rhaetia. — Nach Philadelphia: 28. März Prinz Adalbert. — Nach Baltimore: 27. März Bohemia. 11. April Bulgaria. — Nach New Orleans: 1. April Silesia. — Nach Savannah, Ga.: 28. März Schwarzenfelde. 2. April Hohenfelde. — Nach Westindien: 21. März Sachsenwald. 4. April Venetia. — Nach Mexiko und Cuba: 16. März Fürst Bismarck. 17. März Dania. 20. März Savoia. 24. März Constantia. 28. März Ypiranga. — Nach Ostasien: 20. März Fürst Bülow. 21. März Sambia. 30. März Goldenfels. — Nach Wladiwostok: 23. März River Clyde. 30. März Ninive. 20. April ein Dampfer. — Arabisch-Persischer Dienst: 21. März Nicomedia. — Von Genua nach New York: 26. März Cincinnati. — Von Neapel nach New York: 27. März Cincinnati. — Von Genua nach New York: 4. April Cleveland. — Von Neapel nach New York: 6. April Cleveland.

Oesterreichischer Lloyd.

(Vertreter in Halle: Max Lippmann, Volkmannstr. 4.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: nach Venedig: 14., 17. März Metcovich; nach Dalmatien: 14. März Eillinie Triest—Cattaro (A) Baron Gautsch, 15. März Dalmatinisch-albanesische Eillinie Baron Bruck, 16. März Linie Triest—Spizza (A) Sarajevo, 17. März Eillinie Triest—Cattaro (A) Prinz Hohenlohe, 18. März Dalmatinisch-albanesische Linie Albanien (A berührt: Pola, Lussinpiccolo, Zara, Spalato, Gravosa, Castelnuovo und Cattaro); nach der Levante und dem Mittelmeer: 15. März Griechisch-orientalische Linie (A) Carinthia, 15. März Linie Triest—Syrien (A) Elektra, 17. März Eillinie Triest—Konstantinopel Praga; nach Ostindien, China, Japan: 15. März Linie Triest—Bombay Habsburg, 16. März Linie Triest—Kalkutta Numidia, 25. März Linie Triest—Bombay Semiramis, 30. März Linie Triest—Shanghai Bohemia, 2. April Linie Triest—Kalkutta Perla, 5. April Linie Triest—Bombay Gablonz, 10. April Linie Triest—Kobe E. F. Ferdinand.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern	11. März	+2,55	12. März	+2,47	8	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,94	„	+2,98	—	4
„ Unterpegel	„	+2,88	„	+2,92	—	4
Weissenfels, Oberpegel	„	+3,06	„	+3,12	—	6
„ Unterpegel	„	+2,66	„	+2,76	—	10
Trotha	11. „	+4,16	12. „	+4,12	4	—
Alsleben, Oberpegel	10. „	+3,16	11. „	+3,16	—	—
„ Unterpegel	„	+3,92	„	+3,87	5	—
Bernburg	„	+3,41	„	+3,40	1	—
Calbe, Oberpegel	„	+2,54	„	+2,54	—	—
„ Unterpegel	„	+3,54	„	+3,54	—	—

Iser, Eger, Elbe, Moldau.

	März		Fall	Wuchs		März		Fall	Wuchs
Jungbunzel.	10.	+0,86	2	—	Wittenberg	12	+4,24	—	—
Laun	„	+2,95	7	—	Rosslau	„	+4,31	—	15
Budweis	„	+0,92	48	—	Barby	„	+4,56	—	18
Prag	12.	-2,12	30	—	Schönebeck	„	+4,21	—	12
Perdubitz	10.	+1,75	30	—	Magdeburg	„	+3,68	—	20
Brandeis	„	+2,49	—	28	Tangermde.	„	+4,25	—	12
Melnik	„	+2,86	-	11	Wittenberge	„	+3,61	—	17
Leitmeritz	12.	+3,02	15	—	Dömitz	11.	+2,83	—	9
Aussig	„	+3,79	21	—	Boizenburg	„	+2,62	—	1
Dresden	„	+2,20	22	—	Hohnstorf	12.	+2,78	—	6
Torgau	„	+4,70	—	2	Lauenburg	„	+2,81	—	8

Aussig, 12. März. Pegelstand +3.79 m. Vom Oberlauf werden 1.29 m Fall gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140313014/fragment/page=0005
DFG

Berliner Börse, 12. März 1914

Die Rubrik in Kursveränderungen gibt die Zinsterminen an. Es bedeutet: 1 Jan. 1 Apr. 1 Juli 10 Okt. 1 Jan. 1 Apr. 1 Juli 10 Okt. 1 Jan. 1 Apr. 1 Juli 10 Okt.